

Stenographischer Bericht

27. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

9. Juni 1932.

Inhalt:

Tagesordnung: Erstellung durch die Punkte 1 bis 7 der Verhandlungen und dringliche Behandlung derselben (506)

Auflage: Die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge E.-Zl. 258, 260 und 261 (505 und 506).

Zuweisungen: Die aufgelegten, schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (506).

Verhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Menszner, E.-Zl. 244, in Angelegenheit der Verhandlungen wegen der Bildung der Donaukonföderation. Berichterstatter Kammerhofer (506) — Redner: Hornik (506), Mahner (509), Dr. Hübler (510), Zenz (510), Hartleb (510). — Annahme des Ausschußantrages und des Zusatzantrages Dr. Hübler (511).

2. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Menszner, E.-Zl. 245, betreffend Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs. — Berichterstatter Kammerhofer (511). Redner: Menszner (511), Rosenwirth (512), Hornik (513), Gab (516). — Annahme des Ausschußantrages (518).

3. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Menszner, E.-Zl. 243, betreffend Maßnahmen zur Aufhebung der Bundeshaftung für die Gläubiger der Creditanstalt. — Berichterstatter Walcher (518). — Redner: Menszner (519 u. 526), Wolf (522), Dr. Hübler (524), Dr. Enge (524), Hartleb (525). — Annahme des Ausschußantrages und des Zusatzantrages Wolf (526 u. 527).

4. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Wolf, E.-Zl. 246, betreffend Besserung der Straßenverhältnisse im Bezirke Stainz. — Berichterstatter Rosenwirth (527). — Redner: Zenz (527), Reisch (528), Elser (529). — Annahme des Antrages (529).

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 250, betreffend den Rechnungsabluß des gewerblichen Fortbildungsfondsfonds für das Jahr 1930. — Berichterstatter Wolf (529). — Annahme des Antrages (529).

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 255, betreffend den Bericht zu dem Beschluß des steiermärkischen Landtages vom 22. Dezember 1931, Nr. 204 (Kommissionsskosten, Ersparung). — Berichterstatter Peintinger (529). — Annahme des Antrages (530).

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 253, betreffend die Übernahme der Landeshaftung für ein von der Lokalbahn A.-G. Weiz-Birkfeld-Ratten aufzunehmendes Darlehen. — Berichterstatter Dr. Enge (530). — Redner: Oberischall (531), Höpfl (531), Reisch (533). — Annahme des Antrages (533).

Anträge: Der Obmännerkonferenz, E.-Zl. 261, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die Befreiung des Landes Steiermark an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken (506);

Witzany, E.-Zl. 262, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 21. Dezember 1922 über die Aufhebung der Jagdrechtsvorbehalte auf fremdem Grund und Boden (506).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Dem Präsidium des steiermärkischen Landtages ist in Sachen des Bundeskraftwagenabgabegesetzes folgende Zuschrift zugekommen (liest):

„Die Landesregierung hat die Entschliebung des steiermärkischen Landtages vom 22. Dezember 1931, Beschluß Nr. 235, auftragsgemäß dem Bundesministerium für Finanzen zur Kenntnis gebracht.

Die Antwort des Bundesministeriums vom 10. Mai 1932, Zl. 32.525-1932, lautet wie folgt:

Der Anregung, die Kraftwagenabgabe bei Abmeldungen vom Abmeldungsstage oder doch vom Beginn des auf die Abmeldung unmittelbar folgenden Monats in Abfall zu bringen, kann auf Grund folgender Erwägungen nicht näher getreten werden:

Die Einführung der tag- oder monatsweisen Inabfallbringung der Kraftwagenabgabe würde unter Beibehaltung der zur Erleichterung der Entrichtung der jährlichen Abgabe zugestandenen Zahlung in vier gleichen Teilbeträgen zwangsläufig dazu führen, daß in vielen Fällen die bereits für die auf die Abmeldung folgende Zeit eingezahlten Abgabebeträge rückvergütet werden müßten, was eine nicht unbeträchtliche Mehrarbeit wäre. Solche Rückvergütungen würden zwar durch Gestattung der Einzahlung der Kraftwagenabgabe in zehn Monatsbeträgen vermieden, diese Einzahlungsart wäre aber, da dabei an Stelle von vier Quartalsraten in jedem Falle 12 Monateinzahlungen zu verbuchen und zu verrechnen, allenfalls einzumahlen usw. wären, ebenfalls eine Mehrarbeit, und zwar im Ausmaße des Dreifachen der jetzigen Arbeit. Für Mehrarbeiten noch weiteres Personal zur Verwaltung der Kraftwagenabgabe heranzuziehen, ist aber aus wirtschaftlichen Gründen und auch mit Rücksicht auf den von der Öffentlichkeit verlangten Abbau des Verwaltungsapparates nicht möglich.

Die in der Entschliebung des steiermärkischen Landtages weiter angeführte Forderung, bei mehr als einer Ab- und Anmeldung im Jahre keine Verwaltungsabgabe einzuhoben, wurde vom genannten Ministerium dem Bundeskanzleramt zur weiteren Veranlassung mitgeteilt. Diesbezüglich ist jedoch eine Stellungnahme bisher noch nicht erfolgt.“

Ich ersuche das hohe Haus, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Aufgelegt wurden heute die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 258 und 260.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen), E.-Zl. 258, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse; E.-Zl. 260, dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse. (Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Weiters ist mir übergeben worden ein gemeinsamer Antrag der Obmännerkonferenz, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die Beteiligung des Landes Steiermark an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken.

Dieser Antrag wird dem Finanzausschusse zugewiesen.

Ich ersuche denselben, nach Schluß dieser Sitzung sich sofort zur Beratung dieser Vorlage zurückzuziehen.

Ich beantrage nunmehr, im dringlichen Wege auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Sitzung zu stellen (verliest die Punkte 1 bis 7 der Verhandlungen; siehe Inhaltsverzeichnis. — Die dringliche Behandlung wird einstimmig beschlossen).

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Der 1. Punkt derselben ist der

mündliche Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag, E.-Zl. 244, der Abg. Meyszner, Hornik und Kameraden in Angelegenheit der Verhandlungen wegen der Bildung der Donaukonföderation.

Berichterstatter ist Herr Abg. K a m m e r h o f e r.

Berichterstatter **Kammerhofer**: Hohes Haus! Ich erlaube mir namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag, E.-Zl. 244, zu berichten.

Die außenpolitischen Verhandlungen, die in den letzten Monaten gepflogen wurden, werden in so weitgehender Weise auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern beeinflussen, daß es unerlässlich erscheint, daß auch die Landtage die Stimmungen und Meinungen der breitesten Schichten der Bevölkerung in den Bundesländern der Bundesregierung zur Kenntnis bringen, damit diese bei ihren außenpolitischen Verhandlungen sich auf den Ausdruck der Meinung der breitesten Schichten der Bevölkerung stützen kann.

Die Nachrichten, die über diese Verhandlungen sowohl in der Presse, als in den amtlichen Mitteilungen aufgetaucht sind, lassen bisher die größten Befürchtungen für die zukünftige Entwicklung unseres Handels, unserer Industrie, unseres Gewerbe- und Bauernstandes, daher für die ganze steirische Wirtschaft, wach werden. Gerade die Steiermark hat in den letzten Jahren große Opfer für die landwirtschaftliche Aufbauarbeit im Lande gebracht, die, allerdings nicht immer glücklich angewendet, dennoch eine bedeutende Intensivierung unserer Landwirtschaft gebracht haben. Nun soll Österreich mit einer Anzahl von Staaten im Donaubecken zu einer handelspolitischen Verbindung gedrängt werden, mit Staaten, die einen gewaltigen Überschuss an Agrarprodukten besitzen und unsere, mit großen Opfern aufgebaute Agrarwirtschaft völlig niederdrücken würden. Diese Staaten

haben aber gleichfalls mit bedeutenden Mitteln ihre heimischen Industrien ausgebaut, die sie um jeden Preis schützen werden, so daß keine Aussicht besteht, unseren industriellen und gewerblichen Erzeugnissen einen günstigen Absatzmarkt zu erwirken. Es droht uns daher die Gefahr, daß die großen Mittel, die für die Förderung der Landwirtschaft aufgewandt worden sind, gerade in dem Augenblick als nutzlos angegeben werden müssen, da diese Aufwendungen zu wirken beginnen, ohne daß für diesen Verlust durch eine überragende Verbesserung der industriellen und gewerblichen Beschäftigung ein Gegenwert geschaffen werden würde.

Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß Österreich in Verbindung allein mit den Staaten des Donaubeckens, die selbst Schulden zu tilgen haben, die nötigen Ausfuhrüberschüsse erzielt. Die Clearingverträge mit Ungarn, der Schweiz und Italien haben mit Deutlichkeit gezeigt, daß Österreich durch diese Verträge zu schwerem Schaden gekommen ist, umso mehr allerdings, als diese Verträge von Anfang an zu Ungunsten Österreichs abgefaßt waren. Es sträubt sich aber auch das gesamte Volksgefühl, daß Österreich durch die geplanten Donauverträge vom deutschen Mutterlande gänzlich wirtschaftlich abgeschlossen werden soll, um dem unheilvollen französischen Einfluß preisgegeben zu werden.

Die Steiermark war seit Jahrhunderten das Bollwerk deutscher Arbeit und deutschen Handels im Südoften. Die Steiermark würde als erstes Bundesland unter unglücklichen handelspolitischen Bindungen schwer zu leiden haben. Darum ist es Pflicht des steirischen Landtages, in dieser ernsten Stunde die Willensmeinung der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, die dahin geht, daß die Bevölkerung von Steiermark jede handelspolitische Bindung, in die das Deutsche Reich nicht einbezogen ist, als untragbar und die Wirtschaft des Landes vernichtend, unbedingt ablehnt.

Es wurde der Antrag gestellt, den ich in gleicher Weise namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses stelle, der lautet (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Willensmeinung des steirischen Landtages gegenüber der Bundesregierung dahingehend nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen, daß

1. jede wirtschaftliche Bindung grundsätzlich abgelehnt wird, die nicht der österreichischen Landwirtschaft, dem österreichischen Handel, Gewerbe und der Industrie einen gesicherten Absatzmarkt gewährleistet;

2. alle aus solchen Übereinkommen sich etwa vorbereitenden politischen Absichten, die unserem Volke widersprechen, mit allen Mitteln bekämpft werden.“

Hornik: Hoher Landtag! In den letzten Monaten sind die Zeitungsnachrichten über jene Absichten, die hauptsächlich aus dem Westen kommen und von der französischen Regierung ausgehen, nicht so häufig wiedergekehrt, als vor ungefähr 2 Monaten. Damals war es besonders die französische Regierung, die, unterstützt von Herrn B e n e s e k in Prag, mit allen

Mitteln darnach strebte, im mitteleuropäischen Donau-
 becken ein Staatsgebilde entstehen zu lassen, daß sie,
 die französische Regierung nämlich, im Friedensvertrag
 von St. Germain, Versailles und Trianon zunächst
 einmal deswegen zerschlagen hatte, weil dieses ehe-
 malige Staatsgebilde nicht in jenem Fahrwasser segelte,
 das den Machhabern in Paris genehm war. Nun
 glaubten diese Herren, welche die Weltpolitik
 schmieden, den Zeitpunkt für gekommen, daß sie diese
 in Not liegenden, durch den Friedensvertrag zum
 Sterben verurteilten kleinen Länder dazu bringen
 könnten, was ihren Interessen dient. Jahrelang war
 das Gespinnst einer Donaukonföderation und einer
 Wiederkehr jenes Herrschergeschlechtes, das einmal die
 österreichisch-ungarische Monarchie beherrscht hatte,
 tatsächlich wie eine Fata Morgana zu betrachten.
 Weitesten Kreise, ja mehr als 90 Prozent der Bevölke-
 rung waren eingestellt auf einen politischen und wirt-
 schaftlichen Anschluß an Deutschland, durch den allein
 eine Erleichterung für unser Volk in wirtschaftlicher
 und auch eine Weiterentwicklung in politischer und
 kultureller Hinsicht ermöglicht werden kann. Als aber
 nicht nur durch die zielbewußte Politik der West-
 mächte, sondern auch durch verfehlte Maßnahmen im
 Innern die Not und das Elend in unserem Lande und
 im Bunde stets weiter griff und die breitesten Schichten
 der Bevölkerung erfaßte, als unsere Regierung von
 Jahr zu Jahr nach Genf pilgerte, jedesmal vor den
 Völkerbund oder vor einen westlich gerichteten
 Staatenbund unter Frankreichs Führung trat, um
 durch eine Anleihe unsere Wirtschaft in die Höhe zu
 bringen, jedesmal als ein derartiges Ereignis eintrat,
 da wurden die Stimmen aus Paris und aus den
 Hauptstädten mancher Nachfolgestaaten immer lauter
 und lauter, daß für uns nur dann eine Hilfe möglich
 wäre, wenn sich ein wirtschaftlicher Zusammenschluß,
 wenn sich wirtschaftliche Vereinbarungen auf zollpoli-
 tischem, auf handelspolitischem Gebiete unter den
 Nachfolgestaaten erzielen ließen, die dann eine Erlei-
 cherung in der gesamten Wirtschaftslage Österreichs von
 selbst herbeiführen. Als die Not im letzten Jahre sich
 fast zur Unerträglichkeit steigerte, da rückte Frankreich
 ganz klar mit seiner Absicht heraus und forderte direkt
 diese Verbindung im Donaubecken, die aus den Nach-
 folgestaaten zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete ins
 Leben treten sollte. Man glaubte den Augenblick ge-
 kommen und glaubte, der psychologische Moment sei
 da, in dem das österreichische Volk willenlos nach dem
 Strohalm greifen werde, den man ihm zeigt und alles
 das annehmen werde, was ihm Hoffnung geben könnte,
 aus diesem Elend irgendwie herauszukommen. Man
 hat seit dem Sommer und dem Herbst des vergangenen
 Jahres, besonders aber seit September vorigen Jahres
 uns sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß der
 Kredit Österreichs erschöpft sei. Man hat es nicht für
 dringend befunden, wie sich die diplomatische Sprache
 ausdrückt, Österreich durch eine Anleihe von 60 Mil-
 lionen Schilling, also 10 Schilling pro Kopf der Be-
 völkerung, beizuspringen, um einige Zinsen- und
 Amortisationsraten zahlen zu können. Man hat diese
 60 Millionenanleihe hinaus und hinausgeschoben und
 heute stehen wir vor einer schlimmeren Situation, als

in den Septembertagen des verflossenen Herbstes. Wir
 haben weitere Lasten, einen weiteren Rückgang unserer
 Wirtschaft zu verzeichnen, ohne die geringste Aussicht
 zu haben, vom Ausland durch irgendwelche Maß-
 nahmen eine Unterstützung und Erleichterung finden
 zu können. Auch jetzt wieder hört man Stimmen, die
 hinweisen darauf, daß wir es ja eigentlich in unserer
 Hand selbst liegen haben, uns zu helfen, indem wir
 uns zollpolitischen Abmachungen der Nachfolgestaaten
 der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht ver-
 schließen und Bindungen eingehen, die schließlich und
 endlich auch uns Erleichterungen bringen können.

Deshalb haben wir es für notwendig erachtet, auch
 von den Landtagen, besonders aber vom steirischen
 Landtage aus, unserer Bundesregierung zu sagen, daß
 es nicht gleichgültig ist, welche Wege von ihr be-
 schritten werden. Denn besonders die letzte Regierung
 war ja ziemlich eingestellt auf den Gedanken, der von
 Paris so sehr befürwortet wird, und es ist nicht un-
 möglich, daß schließlich und endlich auch jetzt in Re-
 gierungskreisen dieser Gedanke weiterhin erwogen
 und, wenn auch nicht mit solcher Intensität, verfolgt
 wird. Steiermark hat ein besonderes Interesse an dieser
 Frage, weil seine Grenzgebiete gegen Süden und Osten
 bereits öfter Gelegenheit hatten, die Segnungen und
 Wohltaten derartiger Bindungen zu verkosten und
 kennen zu lernen. Die handels- und zollpolitische Bin-
 dung mit den Nachfolgestaaten ist schließlich und end-
 lich nur der Vorwand, der dann, durch politische Bin-
 dungen erweitert, dahin führen könnte, daß ein
 Staatsgebilde entstehen würde, in dem das öster-
 reichische Volk das freie Selbstbestimmungsrecht über
 seine Zukunft restlos verloren hätte. Wir müssen daher
 diese Absichten von mehreren Gesichtspunkten aus be-
 leuchten und müssen feststellen, daß die beabsichtigte
 Donaukonföderation weder volks- noch staatspolitisch,
 am allerwenigsten aber wirtschaftspolitisch für Deutsch-
 Österreich tragbar ist.

Aus volkspolitischen Gründen deshalb nicht, weil
 schließlich und endlich dieses geschlossene deutsche Ge-
 biet der Ostmark gar kein Bedürfnis hat, sich abermals
 unter die Vorherrschaft jener slawischen oder magna-
 rischen Interessenten zu begeben, die in den vergange-
 nen Jahrzehnten vor dem Kriege mehr als eine Kost-
 probe ihrer Selbstlosigkeit gegenüber Deutsch-Österreich
 gegeben haben. Wir haben die unangenehmsten Er-
 innerungen aus den Ausgleichsverhandlungen mit Un-
 garn mit herüber genommen. Wir erinnern uns an
 jene nationalpolitischen Maßnahmen, die in der alten
 Monarchie in gemischt- und zweisprachigen Kron-
 ländern durchgeführt wurden und die nicht gerade zur
 Förderung des Deutschtums beigetragen haben.

Wir können aber auch aus staatspolitischen Rück-
 sichten niemals dafür eintreten, daß in Mitteleuropa
 ein Staatswesen nach und nach zusammenkonstruiert
 wird, durch welches jene westliche Orientierung
 und jenes westliche Interessengebilde gefördert wird,
 das von Paris über Österreich-Ungarn, die Tschecho-
 slowakei und Rumänien Europa quer schneidet und die
 Macht Frankreichs tatsächlich auf viele, viele Jahr-
 zehnte hinaus über Europa festlegen würde. Wir stehen
 vielmehr auf dem Standpunkt, daß die nord-südliche,

die vertikale Staatengruppierung für den Frieden und die Entwicklung Europas weit günstiger und besonders für das Deutschtum das einzig Mögliche wäre. Wenn Frankreich nach dem Umsturz legitimistische Bestrebungen glatt von der Hand wies, so wird es heute jedem nicht mehr unklar sein, daß sich der heutige Standpunkt Frankreichs in dieser Frage um fast 180 Grade gedreht hat. Gerade aus diesem Grunde heraus ist auch für uns die Meinung und die Absicht Frankreichs nicht tragbar. Es würde durch eine derartige Staatenbildung die großdeutsche Lösung, überhaupt die Lösung der deutschen Frage für immerwährende Zeiten erledigt und unmöglich gemacht werden. Es würde ein Brandherd in Mitteleuropa geschaffen werden, der sich verheerender auswirken könnte und müßte, als der ewig brodelnde Herd am Balkan sich je ausgewirkt hat. Es würde dieses Staatenkonglomerat zweifellos jeden kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung des deutschen Volkes und besonders des Ostmarkvolkes für lange Zeit unmöglich machen.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen wäre eine derartige Gruppierung für die österreichische Landwirtschaft sowohl, wie auch für die österreichische Industrie von den katastrophalsten Folgen begleitet. Wir müssen doch bedenken, daß sich nach dem Friedensverträge die Nachfolgestaaten, die im allgemeinen schon hochentwickelte Agrarstaaten sind und an Agrarprodukten Überschüsse aufweisen, aus denen nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland ganz gewaltig schöpfen kann und auch schöpft, daß diese Staaten nun auch seit den Friedensverträgen eine nationale Industrie mit allen ihnen nur erreichbaren Mitteln aufgebaut haben, deren Konkurrenz wir in Österreich aber schon ganz gewaltig zu spüren bekommen. Wenn die Tschechoslowakei schon in der Vergangenheit eine hochentwickelte Industrie, die teilweise weit über die Entwicklung der heutigen österreichischen Industrie hinausragt, besessen hat, so hat sie diese noch wesentlich ausgebaut. Aber auch Jugoslawien, ebenso wie Ungarn und Rumänien, haben sich durch Anleihen Industriewerke geschaffen, durch die sie einen großen Teil des Bedarfes des eignen Landes produzieren, und zwar so, daß sie weit billiger ihren Markt beschicken können, und so die Konkurrenzfähigkeit Österreichs in den Hintergrund gedrängt haben. Außerdem ist Österreich im allgemeinen ein Abnehmerstaat dieser Länder. Ich weise darauf hin, daß die Einfuhr aus Ungarn im März 1932 14.6 Millionen Schilling ausmachte, daß Österreich nach Ungarn aber nur um 6.2 Millionen Schilling Waren ausfuhrte, so daß die Ausfuhr nur 42 Prozent unserer Einfuhr aus Ungarn ausmacht. Von der Tschechoslowakei führten wir im März 1932 Waren um 21.7 Millionen Schilling ein, während die Ausfuhr dort hin nur 8.3 Millionen Schilling, also nur 38 Prozent der Einfuhr von dort erreichte. Bezüglich Jugoslawien sind die Verhältnisse nicht besser. Der Wert der Einfuhr betrug 9.1 Millionen Schilling, der der Ausfuhr 4.7 Millionen Schilling. Ein ungeheurer Unterschied zwischen Ein- und Ausfuhr scheint bei Polen auf. Aus Polen führten wir in dem einen Monat Waren um 8.7 Millionen Schilling ein, aber

nur um 2.3 Millionen Schilling Waren aus. Unsere Ausfuhr betrug nicht einmal ein Viertel der Einfuhr aus Polen. Bei Rumänien ist es auch nicht wesentlich verschieden. Diese Zahlen sprechen eine mehr als beredte Sprache. In dem Augenblicke, wo unser Markt von den Industrieprodukten der Nachfolgestaaten überschwemmt werden kann, deswegen überschwemmt werden kann, weil ja die Zollmauern, die Zollhindernisse weggefallen sind, in dem Augenblicke hat die Todesstunde unserer Industrie geschlagen, oder aber es müßte die Produktionsmöglichkeit unserer Industrie und unseres Gewerbes so billig, so niedrig gestellt werden können, daß wir auf dem Gebiete der Preisbildung mit den Erzeugnissen der Nachfolgestaaten in ihren eigenen Produktionsländern wetteifern und konkurrieren könnten. Wie dieser Preis in Österreich erreicht werden könnte, wie diese Verbilligung der Produktion herbeigeführt werden soll, darüber sich den Kopf zu zerbrechen, ist derzeit müßig deswegen, weil schließlich und endlich die Belastung, mit der unsere Produktion zu kämpfen und zu arbeiten hat, doch eine so ungeheuerliche ist, daß eine Senkung der Warenpreise unter den jetzigen Verhältnissen und unter diesem System nicht leicht erreicht werden kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß auf den Kopf der österreichischen Bevölkerung ein jährlicher Steuer- und Abgabensatz von über 600 S entfällt, während in der Tschechoslowakei nicht einmal die Hälfte auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Es bringen diese ungeheuren Steuern und Abgaben neben anderen Lasten und Blutabzapfungen zweifellos keine Verbilligung der Produktion, keine Erniedrigung der Erzeugungskosten und deshalb auch keine Erniedrigung der Warenpreise. Dadurch ist auch die Konkurrenzmöglichkeit mit den Auslandunternehmungen nicht gegeben.

Es wurde oft erwähnt, daß aus Ungarn, als hauptsächlichem Agrarland, Getreide und Vieh, daß aus Polen Getreide und Vieh eingeführt wird. Es ist nun ganz interessant zu erfahren, daß auch auf industriellem Gebiete, und zwar in Zweigen, in denen Österreich anerkannt führend ist, aus Ungarn für ganz erkleckliche Summen Waren und Produkte nach Österreich importiert werden. Von der ungarischen Industrie wurde im März 1932 Papppapier um 75.000 S nach Österreich eingeführt, Seidenwaren um 366.000 S, Schuh- und Lederwaren um 16.000 S, Holzwaren um 78.000 S, Eisenwaren um 117.000 S, elektrische Maschinen — man spricht von der Einstellung der Elinwerke — um 43.000 S und um 103.000 S Holz. All das wird also von Ungarn nach Österreich eingeführt, so daß in dem einen Monat März 1932 die ungarische Einfuhr nach Österreich an Produkten, die bei uns in Österreich besser und der Qualität nach gediegener erzeugt werden, an denen wir Überschuf haben, um fast mehr als um $\frac{3}{4}$ Millionen Schilling eingeführt wurden. In denselben Produktionszweigen, also an Papppapier, Seidenwaren, Schuh- und Lederwaren, Holz- und Eisenwaren und elektrischen Maschinen wurden im März 1932 aus der Tschechoslowakei um 4.754.000 S nach Österreich eingeführt. Und da geht jemand her, da will uns jemand weißmachen, wir hätten ein besonderes Interesse daran, auch aus wirtschaftlichen

Gründen und gerade aus wirtschaftlichen Gründen eine derartige Bindung, ob sie nun zoll-, handels- oder staatspolitisch sei, wie sie ja schließlich und endlich gedacht ist, einzugehen. Ich meine, die Sprache dieser Ziffern sagt alles. Es ist ganz ausgeschlossen und würde Selbstmord für die österreichische Bevölkerung, für die Deutschen in Österreich in jeder Hinsicht bedeuten, wenn derartige Pläne auch nur zum Teile und nur auf einem Gebiet in die Tat umgesetzt würden. Ich glaube, es wird in diesem Staate, in diesem Ostmarkvolk keinen einzigen Menschen geben, der, wenn er es mit seinem Volke und mit der Zukunft seines Volkes ehrlich meint, zu einer anderen Meinung kommen könnte, eine andere Überzeugung haben könnte als die, welche in einer lapidaren, einfachen Form gegeben ist und die da lautet: Es ist uns jede Bindung, so weit sie reichen möge, einschließlich Deutschland und nur mit dem Deutschen Reich willkommen. Aber eine wie immer geartete Bindung ohne das Deutsche Reich ist undenkbar und unannehmbar. Wenn wir hier unsere Aufgabe als Ostmärker auch heute noch erfüllen wollen, haben wir nur die Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, wenn wir die Kräfte zum Kampf für die Erreichung dieses Zieles von dort beziehen, wo wir auch wurzeln. Daher haben wir in jeder Hinsicht, in volkspolitischer, in staatspolitischer, aber auch in wirtschaftspolitischer, nur das eine Ziel, eine Verbindung mit Deutschland zu erreichen, und jede Verbindung abzuwehren, in der das Deutsche Reich nicht eingeschlossen ist.

Dieser Gedanke, dieser Wille möge unserer Bundesregierung vom steiermärkischen Landtag sehr eindeutig kundgetan werden und daher bitte ich das hohe Haus, unseren Antrag anzunehmen.

Mahner: Geehrte Frauen und Herren! Es ist bei einer nur oberflächlichen Beurteilung von Problemen, wie das der Donaukonföderation, nicht leicht zu entscheiden, welche Hintergründe maßgebend sind, die rein politischen oder doch, wie man in diesem Falle gerne sagt, wirtschaftliche Momente. Die Entstehungsgeschichte hat klar bewiesen, daß das politische Moment seit Jahren überwogen hat. Richtig ist, daß schon seit Jahren österreichische und ungarische Monarchisten mit dem Gedanken eines Zusammenschlusses beider Länder unter der Herrschaft eines Habsburgers liebäugeln. Dieser Gedanke mußte aber weichen unter dem Widerstand, der besonders in der österreichischen Bevölkerung zu beobachten war. Ich glaube sagen zu dürfen, daß in der ungarischen Bevölkerung, soweit es sich um die arbeitende Bevölkerung handelt, keine Sehnsucht herrscht nach Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie und deswegen dürfte auch der innere Widerstand in Ungarn maßgebend gewesen sein dafür, daß das Projekt zurückgestellt werden mußte. Wir wissen, daß die Verbindung Ungarns mit der französischen Politik sehr innig ist und auch der Umweg über England gesucht wurde und daß es heute nicht ganz ausgeschlossen ist, daß der Tardieu'sche Plan der Donaukonföderation mit einem politischen Hintergedanken arbeitet. Um das den Bevölkerungsschichten plausibel zu machen, redet man von wirtschaftlichen Momenten, die dafür entscheidend sind. Aber

den Herren, die für diese Pläne eintreten, ist es kaum um die wirkliche Rettung der europäischen Wirtschaft zu tun, sonst müßten sie in erster Linie nach unserer Meinung die Kriegsschulden tilgen und einen großen Teil der Nachkriegsschulden, die aus dem Trümmerhaufen unserer Wirtschaft durch die Friedensverträge unserem Volke aufgelastet wurden, streichen und dann, freier geworden, der deutschen und österreichischen Wirtschaft den Aufstieg sichern. Darum geht es den Herren in Wirklichkeit nicht. Sie versuchen jedenfalls diesen Staat, wenn auch die monarchistische Gefahr durch die Eingliederung der Tschechoslowakei etwas gemildert ist, doch unter ihre politische Herrschaft, mindestens in ihre Einflußsphäre zu bekommen. Das steht vollkommen fest.

Nun müssen wir natürlich zum Ausdruck bringen, daß unsere Stellungnahme, die eine Zustimmung für den Antrag des Heimatblockes ist, nicht etwa gedeutet werden kann als eine Feindschaft gegenüber den Nachbarländern. Ich kann darauf verweisen, daß in unserem Wirtschaftsprogramm, das an dem Unglückstage, dem 13. September vorigen Jahres, veröffentlicht wurde, ausdrücklich die Forderung enthalten ist, raschest in die günstigsten Handelsbeziehungen dadurch mit den Nachbarstaaten zu gelangen, indem man von ihnen Vorzugszölle verlangt mit dem Gegenversprechen, ihnen die agrarischen Produkte für unseren Bedarf abzunehmen. Nun haben wir feststellen müssen, daß dieser Vorschlag nicht durchgeführt wurde, daß wir handelspolitisch kolossal ins Hintertreffen kamen, und daß das, was wir am 13. September in unserem Programm voraus sagten, eingetreten ist, daß wir nämlich gezwungen waren, die Einfuhr zu drosseln, unsere Agrarwirtschaft derart hoch zu bringen, damit die Selbstversorgung größtenteils gewährleistet erscheint. Man tut zwar, wenn wir solche Dinge programmatisch festlegen, so, als ob das nicht Dinge wären, die für die bürgerliche Öffentlichkeit von Bedeutung sein könnten. Man tut gerne solche Vorschläge als margistisch ab, um sie vor der Öffentlichkeit herabzusetzen. Es erweist sich nun, daß alle diese fast prophetischen Voraussagungen zutreffen, weil Leute diese Dinge aussprechen, die eben sehr gewissenhaft wirtschaftliche Dinge in unserem Staate und der ganzen Welt beobachten.

Es ist zwar in den Worten des Herrn Abg. Hornik zum Ausdruck gekommen, daß der Heimatblock nothgedungen den Gedanken einer Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie ablehnt. (Hornik: „Bekämpft!“) Ich glaube seine Worte so auffassen zu dürfen. Aber bei der bekannten Einseitigkeit der politischen Auffassung im Heimatblock glaube ich nicht, daß das, was hier zum Ausdruck gebracht wurde, die Meinung des Heimatblockes ist. Das ist vielleicht mehr oder weniger Ihre persönliche Auffassung. (Hornik: „O nein! Sie täuschen sich!“) Aber auch nicht so ganz überzeugt bin ich davon, daß das Ihre persönliche Auffassung ist, denn auch diese Ihre Auffassung ist leicht verschiedenen Änderungen unterworfen. Daher können wir bei der Zusammenfassung des Heimatblockes leider Ihre Erklärung der Ablehnung der Habsburger Monarchie nicht mit der Befriedigung zur Kenntnis nehmen, als wir es von Leuten zur Kenntnis nehmen

würden, die man als ernste und konsequente Politiker betrachten könnte. (Hornik: „Anders würde es Ihnen ja nicht in den Kram passen!“) Wahr ist jedenfalls, daß wir schon wiederholt die Forderung aufstellten, die handelspolitischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten auf Grund von Kontingentverträgen abzustimmen. Wenn Industrie- und gewerbliche Artikel eingekauft werden, dann sind wir gerne bereit, im gleichen Werte bei ihnen Agrarprodukte einzukaufen, so weit die einheimische Agrarwirtschaft noch nicht die Selbstversorgung gestattet.

Wir können also aus den besprochenen Gründen dem Antrag des Heimatblockes zustimmen, aber mit der ausdrücklichen Motivierung, daß wir die Begründung, die der Herr Abg. Hornik angeführt hat, nicht als namens des Heimatblockes oder der Heimatschutzverbandes gegeben, zur Kenntnis nehmen und die Hoffnung aussprechen, daß auch die übrigen Parteien diesem Antrag die Zustimmung geben, in der Voraussetzung, daß sie mit ganzem Herzen und ganzer Seele es ablehnen, unser österreichisches Volk in eine unnatürliche Bindung mit anderen zu bringen, um so den Weg zum Anschluß an Deutschland offen zu halten. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Hornik: „Wenn Sie nur so ähnliche Demokraten wären, wie wir Anschlußfreunde sind!“)

Dr. Hübler: Hoher Landtag! Gerade die Frage der Donaukonföderation oder die Stellung Österreichs zu dieser und dem Tardeuschen Plan ist in der österreichischen Öffentlichkeit ziemlich einhellig geklärt worden. Ich verweise beispielsweise darauf, daß der Präsident des österreichischen Bundesrates, Professor Hugelmann, in einer Broschüre „Deutschösterreich und die Donaukonföderation“ sehr überzeugend das gesamte Material, das aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dagegen spricht, entwickelt hat. Es ist ein Glück, daß die volkswirtschaftliche Situation für die Donaukonföderation so aussichtslos ist, trotz der ungeheuren Anstrengung der französischen Diplomatie. So wie die Landkarte Europas in Versailles und St. Germain unnatürlich zugeschnitten wurde, so unnatürlich wäre es, eine solche wirtschaftliche Konstruktion herzustellen. Wir müssen das Kind beim richtigen Namen nennen. Jeder Versuch, Mitteleuropa mit Einschluß der südosteuropäischen Agrarstaaten neu aufzubauen, muß scheitern, wenn der größte Markt, das 60 Millionen-Volk Deutschlands nicht einbezogen wird, das heißt, man kann die Agrarnot der Südoststaaten nicht mit französischem Geld oder mit französischer Gewaltpolitik gegen die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten sanieren. Was also für das Gesamtproblem gilt, daß die Not der Südostagrarstaaten ohne Deutschland nicht gebannt werden kann — denn wäre das der Fall, dann hätten wir die Donaukonföderation vielleicht schon aufgezwungen bekommen — das gilt natürlich in verstärktem Maße für die Sanierung der Wirtschaft Österreichs. Was von den Herren Vorrednern gesagt wurde und was im Motivenbericht steht, das ist ja eine öffentlich geklärte Tatsache; Österreich hat von der Donaukonföderation nicht den geringsten volkswirtschaftlichen Vorteil. Infolge dessen ist gegen die Anträge 1 und 2 nichts zu sagen.

Was ich nämlich vermissen, ist, daß die Beschlussträger das Kind nicht beim richtigen Namen nennen. Die Donaukonföderation ist volkswirtschaftlich unannehmbar für uns, aber auch für die Südoststaaten, weil sie ohne Einbeziehung des Deutschen Reiches gedacht ist. Aber weil es in Wien eine Presse gibt, die „Orbis“-Presse, die imstande ist, mit Verfälschung der Tatsachen zu sagen, der Antrag richte sich gegen Deutschland, stelle ich im Namen meiner Fraktion einen dritten Antrag, und zwar (liest):

„Der steiermärkische Landtag lehnt überhaupt jede wirtschaftliche oder politische Bindung Österreichs ohne Einbeziehung des Deutschen Reiches als volkswirtschaftlich und politisch untragbar ab.“

Wenn man die Frage der Donaukonföderation im steirischen Landtag aufwirft, muß man sie auch deutlich und klar beantworten.

Jenz: Hoher Landtag! Der steirische Landtag beschäftigt sich augenblicklich mit einer hochaktuellen, außenpolitischen Angelegenheit. Ich habe die Überzeugung, daß die Lösung dieser Frage durch die Erörterung im steirischen Landtag nicht um ein sehr großes Stück weiter vorwärts gebracht werden wird, fintemalen der steirische Landtag des öfteren Gelegenheit zu haben geglaubt hat, sich über seine eigene Bundesregierung beschweren zu müssen, und zwar wegen allzu geringer Beachtung seiner Beschlüsse, die die wirtschaftlichen Wünsche des steirischen Landes und Volkes betreffen. Da nun aber diese außenpolitische Angelegenheit in den steirischen Landtag hineingebracht worden ist und als Ausdruck der Willensmeinung des steirischen Landtages in der Öffentlichkeit zu werfen ist und aufgefaßt werden wird, ist es selbstverständlich, daß auch unsere Partei ihre Stellungnahme zu diesem Gegenstand bekannt gibt.

Es hat der Herr Kollege Dr. Hübler bereits Mitteilung davon gemacht, daß ein hervorragendes Mitglied der christlichsozialen Partei, Herr Bundesrat Professor Hugelmann, in mehreren Versammlungen in wohlbegründeter Rede auseinandergesetzt hat, daß die Donaukonföderation nicht nur in einer, sondern in mehrfacher, es muß geradezu gesagt werden, in jeder Hinsicht unannehmbar ist. Auch der steirische, christlichsoziale Landtagsklub schließt sich dieser Anschauung des christlichsozialen Parteifunktionärs Hugelmann voll und ganz an.

Was das Wesentliche dieser Frage betrifft, so vertreten wir die Anschauung, daß durch den Anschluß an Deutschland, den wir anstreben, jener geschichtliche Fehler, der im Jahre 1866 durch den Ausschluß Österreichs aus Deutschland gemacht worden ist, wiederum gutgemacht werden soll. Wir treten für die Wiedergutmachung dieses geschichtlichen Fehlers voll und ganz ein, indem wir uns von ganzem Herzen und aus innerster Überzeugung für den Anschluß Österreichs an Deutschland aussprechen. Aus dieser Einstellung heraus können wir uns selbstverständlich auch für den dritten, den Zusatzantrag Dr. Hüblers aussprechen. (Beifall.)

Hartleb: Hoher Landtag! Namens des Landbundes möchte ich nur ganz kurz eine Erklärung abgeben.

Wir sind der Ansicht, daß der Landtag an und für sich nicht zuständig ist, außenpolitische Fragen zu er-

örtern. Nachdem es nun aber einmal der Fall ist, erklären wir, daß der Standpunkt des Landbundes in dieser Sache ein ganz klarer ist. Bei uns war nie ein Zweifel darüber zulässig, daß wir für den Anschluß an Deutschland sind, daß wir gegen den Monarchismus sind und es ist selbstverständlich, daß wir für jene Anträge stimmen werden, die sich gegen eine Konföderation mit Ausschluß Deutschlands richten. Aus diesem Grunde stimmen wir für beide Anträge.

Präsident: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Nun ersuche ich die Abgeordneten, welche dem Zusatzantrag des Herrn Abg. Dr. Hübler ihre Stimme geben, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich konstatiere ebenfalls die einstimmige Annahme.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag, E.-Zl. 245, der Abg. Meyszner, Hornik und Kameraden, betreffend Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Berichterstatter ist Herr Abg. Kammerhofer; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Kammerhofer: Antrag der Abg. Meyszner, Hornik und Kameraden, betreffend Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs. Die von den Nachbarstaaten getroffenen währungspolitischen Maßnahmen, besonders aber deren Devisenordnungen, haben unseren Fremdenverkehr fast lahmgelegt und dadurch unsere Zahlungsbilanz zu unseren Ungunsten beeinflusst.

Im Zeitraum vom 1. November 1930 bis 31. Oktober 1931 konnten 3,759.441 Fremdenmeldungen und 20,584.000 Nächtigungen gezählt werden, von denen 1,808.868 Meldungen und 9,362.050 Nächtigungen auf Ausländer entfielen. Steiermark war daran mit 654.109 Fremdenmeldungen und 2,083.100 Nächtigungen beteiligt, wovon 145.770 Meldungen und 490.300 Nächtigungen auf Ausländer entfallen sind. Von den rund 400,000.000 S, welche dieser Fremdenverkehr umsetzte, waren 190,000.000 S von den Ausländern in Verkehr gebracht worden, an denen Steiermark mit 9 bis 10 Millionen Schilling partizipierte. Diese wesentliche Förderung des Aktivums unserer Zahlungsbilanz wurde durch die Schwierigkeiten, welche die ausländischen Regierungen infolge ihrer währungspolitischen Maßnahmen der Ausreise ihrer Staatsbürger bereiteten, fast ganz vernichtet, so daß mit Ende 1931 der Fremdenverkehr in Steiermark um 65.000 Fremde, davon 47.000 Ausländer, zurückging und so 237.000 Nächtigungen, darunter 159.000 von Ausländern, weniger zu verzeichnen hatte.

Des weiteren folgt noch eine Begründung unseres Antrages, wie sie in der Vorlage ersichtlich ist, von deren Verlesung ich jedoch Abstand nehme.

Unsere darbenende Wirtschaft, unsere Arbeitslosen, und insbesondere unser Gasthofgewerbe, das, durch die Regierung angeeifert, große Summen investierte, fordern tatkräftiges Eingreifen, um sie vor dem Zusammenbruche zu bewahren.

Daher wurde von den Antragstellern beantragt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, sich unverzüglich mit der Bundesregierung ins Einvernehmen zu setzen und zu fordern, mit jenen Staaten, mit welchen unser Handel ein Passivum aufweist, unter Hinweis darauf in Verhandlungen zu treten und zu fordern, daß alle den Fremdenverkehr schädigenden Maßnahmen beseitigt und so für die gestattete enorme Einfuhr nach Österreich von diesen Ländern durch die Förderung des Fremdenverkehrs entsprechende Kompensationen gegeben werden; weiters die Bundesregierung aufzufordern, das Clearingübereinkommen mit Ungarn in der Weise zu ändern, daß der für Österreich im Allgemeinen und für Steiermark im Besonderen so wichtige Einreiseverkehr aus Ungarn durch Verwendung des Überschusses aus den Getreidelieferungen für den Fremdenverkehr die entsprechende Förderung erfährt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungskreise wenigstens jene Beträge ehestens flüssig zu machen, welche für die Förderung des Fremdenverkehrs bereit gestellt sind, damit mit der Werbung sofort begonnen werden kann, da die Reisefaison vor der Tür steht.“

Im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses stelle ich den Antrag, das hohe Haus möge diese Anträge genehmigen.

Meyszner: Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, zur Frage des Fremdenverkehrs hier im hohen Hause Stellung zu nehmen. Wenn wir diesmal wieder einen Antrag gestellt haben, so hauptsächlich deshalb, weil die Wirtschaftskrise als solche und damit verbunden die Devisenverordnung eine schwere Gefahr für den Fremdenverkehr darstellt und weil man andererseits nicht so recht den Willen bei der Bundesregierung sieht, hier einzugreifen, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Gefahr restlos abzuwenden. Weiters auch deshalb, weil wir in unserem Lande selbst nur einen kleinen Betrag zur Förderung des Fremdenverkehrs zur Verfügung haben und weil man auch diesen kleinen Betrag nicht vollständig zur Verfügung stellte. Der Fremdenverkehr ist ja nicht etwas so Unwichtiges, insbesondere in einer Zeit, wo ein Volk so schwer in Not ist und wo wir ein gewaltiges Handelsbilanzdefizit aufweisen. Die Zahlen im Antrage beweisen schon, wie wichtig der Fremdenverkehr ist. Sie beweisen aber auch, daß er geeignet erscheint, uns Geldmittel zufließen zu lassen zur Durchblutung unserer ohnehin schon äußerst blutleeren Wirtschaft. Wenn wir die Zahl hören von zirka 400 Millionen Schilling, die der Fremdenverkehr im allgemeinen umsetzt, wovon aus dem Auslande 160 bis 180 Millionen Schilling in unsere Wirtschaft fließen, wenn wir hören, daß Steiermark mit jährlich 30 Millionen Schilling partizipiert, wovon wieder 9 bis 10 Millionen Schilling aus dem Auslande zu rechnen sind, so meine ich, ist das eigentlich keine Kleinigkeit, über die man so ohne weiteres hinweggehen kann. Leider hatte ich beim letzten Fremdenverkehrsrat in Wien nicht so den Ein-

druck, daß man mit dem nötigen Ernst an die Sache geht. Der damalige Handelsminister hat gemeint, man müsse sehr freundlich sein, um nicht den Fremdenverkehr zu verlieren. Ich meine, ein Minister kann höflich sein, soll aber mit aller Bestimmtheit das in die Waagschale werfen, was notwendig ist, um unserer Wirtschaft zu helfen. Deshalb haben wir ja den Antrag gestellt. Es hat sich seit dieser Zeit etwas gebessert, indem tatsächlich die Verhandlungen mit Deutschland geführt wurden und auch mit der Tschechoslowakei und wir können sagen, daß die Verhandlungen eine befriedigende Lösung gebracht haben, daß die Devisenordnung so weit gelockert wurde, daß wir auf einen entsprechenden Fremdenverkehr rechnen können. Ein Land ist allerdings ausständig und gerade dieses Land ist für Steiermark von ganz besonderer Bedeutung, das ist Ungarn. Mit Ungarn sind wir noch nicht ins Reine gekommen und die Ungarn wollen uns nur so weit entgegenkommen, daß die Einreisenden 150 Pengö mitnehmen dürfen, was gerade ausreicht, um vielleicht zwei bis drei Tage in Graz zu verbringen, aber einen längeren Aufenthalt, insbesondere einen Kuraufenthalt in Gleichenberg keineswegs gestatten würde. Gerade die Ungarn hätten es nicht notwendig, sich so spießig zu zeigen; andererseits haben wir es nicht notwendig, ihnen allzu freundlich bei Abschluß solcher Verhandlungen entgegenzukommen. Ich verweise nur auf das gewaltige Handelsbilanzdefizit dieses Staates. Deutschland hat es eingesehen, daß wir, da wir ein Handelsbilanzdefizit von zirka 240 Millionen Schilling im letzten Jahre hatten, etwas in der Hand haben, daß es unseren Fremdenverkehr nicht so ohne weiteres abdroffeln kann, es hat eingesehen, daß, wenn es uns gar nichts verdienen läßt, daß sich die Sache dann von selbst regelt, daß wir mit der Zeit einfach von ihm nichts mehr kaufen können, daß wir uns dann selbst versorgen müssen und daß es dadurch an Einnahmen verliert. In voller Erkenntnis dieser Sachlage hat Deutschland uns den Fremdenverkehr in diesem Jahre offen gelassen. Wir haben allerdings auch in diesem Jahre gekrachtet, an die Regierung heranzutreten, daß sie hier regelnd eingreift, denn wir hatten vom Vorjahre eine böse Erfahrung in Form der 100-Marksteuer, die mitten in unseren Fremdenverkehr hineinplachte und sicherlich nicht eine Tatsache war, die als besondere Brüderlichkeit zu bezeichnen wäre. Aber bei Ungarn steht die Sache recht schlimm. Wir haben dort ein Handelsbilanzdefizit von über 100 Millionen Schilling im Jahre und ich glaube, daß man die 100 Millionen Schilling doch in die Waagschale werfen kann. Wir haben nebstbei einen Clearingverkehr mit Ungarn, der jeder Beschreibung spottet. Ungarn hat das Recht, 150.000 Meterzentner Getreide nach Österreich kompensationslos einzuführen und kann bei unserer Nationalbank die Valuten beheben, die es sich wünscht. Ich glaube, daß derjenige, der diesen Vertrag abgeschlossen hat, nicht österreichische, sondern ungarische Interessen vertreten hat. Ich mache den Ungarn keinen Vorwurf, wenn sie so tüchtige Leute haben, die ihre Wirtschaft vertreten, dann ist ihnen nur zu gratulieren. Traurig ist nur, daß auf unserer Seite die Handels- und Clearingverträge nicht etwas besser und

zum Frommen unserer Wirtschaft abgeschlossen werden. (Leichin: „Jakoncig ist doch Handelsminister!“) Damals war er noch nicht da. Er wird es jetzt schon machen. Im übrigen wissen Sie ganz genau, wie wir uns zur Regierung stellen. (Zwischenruf Leichin.) Das können Sie dann machen, dazu haben Sie dann Zeit. Wie wir den Antrag eingebracht haben, waren die Verhandlungen noch nicht soweit im Gange, daß man sagen hätte können, daß sie befriedigend gewesen wären. Ungarn kommt bezüglich des Fremdenverkehrs für uns gewaltig in Betracht. Es sind im letzten Jahre 160.000 Fremde aus Ungarn nach Österreich gekommen, woran Steiermark mit 51.582 partizipierte. Ich meine, daß wir uns diesen Reiseverkehr erhalten müssen und es wird gut sein, wenn gerade der steiermärkische Landtag an die Bundesregierung herantritt, um diese Gefahr, die uns durch den Devisenzwang in Ungarn droht, von uns abzuwenden. Andererseits möchte ich aber wohl den Appell an die steiermärkische Landesregierung richten, daß dieser geringe Betrag, der im Budget festgelegt wurde, diese 20.000 S zur Förderung des Fremdenverkehrs in den entsprechenden Teilbeträgen dem Fremdenverkehrsreferate auch wirklich zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß und bin mir vollständig klar, daß die steiermärkische Landesregierung sich heute in den größten Schwierigkeiten befindet, daß die Geldmittel rar geworden sind, aber ich glaube, diese Geldmittel sind nicht schlecht angelegt, denn sie tragen uns etwas; wenn wir uns bei der Fremdenverkehrsförderung nicht auch zur richtigen Zeit mit Propaganda befassen, so wird es wahrscheinlich zu spät sein und wir werden einen entsprechenden Ausfall erleben und so ein Ausfall wirkt sich wieder anderweitig aus, es wird die Steuerkraft herabgemindert und die Einnahmen des Landes werden dann um das geringer sein.

Darum bitte ich, daß Sie beiden Anträgen zustimmen einerseits, daß die Bundesregierung alles unternimmt zur Förderung des Fremdenverkehrs, denn ihr kommt ja auch die Förderung des Fremdenverkehrs in sehr vielen Fällen zu, und andererseits, daß man an die steiermärkische Landesregierung den Appell richtet, diesen geringen Betrag, es sind alle zwei Monate 3300 S, nicht zu spät anzuweisen, sondern in einem Augenblick, wo eben die Propaganda sich im höchsten Flusse befindet. (Beifall beim Heimatblock.)

Rosenwirth: Hohes Haus! Schon im Ausschusse hat sich unsere Fraktion für die Annahme des Antrages zur Hebung des Fremdenverkehrs ausgesprochen vor allem auch aus dem Grunde, daß damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes eintritt, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auch in unserem Lande herrscht, wenigstens zu einem Teile behoben werden kann. Nun wir hoffen, daß dieser Antrag, der jetzt an die richtige Adresse geleitet wird, vielleicht Erfolg haben wird. Der Heimatblock hat diesen Antrag eingebracht, ein Mitglied des Heimatblockes ist jetzt Handelsminister, der vor allem die Forderung dieses Antrages im ersten Punkte sicher zur Durchführung bringen wird. Im zweiten Punkte wird die Landesregierung aufgefordert, die budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen. Nun wir hoffen, daß

auch diese Gelder richtig verwendet werden, obwohl es nicht so ohne weiteres gegeben erscheint, da jetzt ein neuer Präsident, so heißt es wenigstens, im Landesverbande für Fremdenverkehr gewählt wurde, der vor einiger Zeit höchst unrühmlich, von der Bildfläche verschwunden ist und nun wieder im Fremdenverkehr als Präsident aufsteht. Ich meine, wenn es auf den Namen Strafella ankommt (Hornik: „Das wirkt auf Sie!“), der diesen Fremdenverkehr fördern soll, so haben wir wenig Hoffnung, daß damit in irgend einer Art eine Besserung erzielt werden kann.

Mit diesem Antrage wenden sich die Antragsteller auch zu einem Teile an die Bundesregierung, um mit dem Auslande zu verhandeln und Schädenswirkungen hintanzuhalten, zum Teile aber auch an die Landesregierung, finanzielle Mittel bereitzustellen, um den Fremdenverkehr fördern zu können. Aber es ist eines vergessen in diesem Antrage, und zwar das Nächstliegende, was wir selbst machen können, wozu wir an keine Bundesregierung, an keine Landesregierung gehen brauchen. Wenn wir den ernststen Willen haben, den Fremdenverkehr zu beleben und wirklich zu fördern, so hätten wir vor allem dafür einzutreten, daß in unserem Lande einmal Ruhe und Ordnung einkehrt. (Meyßner: „Mit Schmierbüchsen! Diemlach!“) Ja Diemlach! Das sind Mittel, die wir dazu bereit haben (Meyßner: „Das sind wieder die Eier von uns!“), und ich sage Ihnen hier ganz offen: Nicht nur in Diemlach, sondern in mehreren Orten, damit die Waffen, die Sie haben zum Angriff gegen uns, dementsprechend zurückgewiesen werden. (Meyßner: „Dazu hat man Schmierbüchsen. Das sind Abwehrwaffen!“)

Wir haben nun eine neue Regierung erhalten und diese neue Regierung, in der auch ein Vertreter des Heimatblockes oder zwei Vertreter des Heimatblockes, müßte man eigentlich sagen (Meyßner: „Was wir nicht schon alles haben! Das tut Euch halt weh!“) — denn der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen ist ja auch ein Vertreter des Heimatblockes — sitzen, diese Regierung hatte sich vor allem zur Aufgabe gemacht, ein, unserer Ansicht nach seinerzeit mit vollem Rechte beschlossenes Aufmarschverbot wieder aufzuheben. Damals hat man erklärt, dieses Aufmarschverbot müsse erlassen werden aus dem Grunde, weil auf der einen Seite der Fremdenverkehr dadurch wesentlich gestört wird (Meyßner: „Am 15. Juli haben Sie den Fremdenverkehr wahrscheinlich gehoben!“) und auf der anderen Seite ungeheure Mittel aufgebracht werden müssen, die für die Bezahlung der Exekutive zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben werden müssen. Nun jetzt scheinen diese Vorbedingungen nicht mehr da zu sein und es ist geradezu diametral, daß hier im Landtage ein Vertreter des Heimatblockes als Referent zur Förderung des Fremdenverkehrs einen Antrag stellt und zur selben Zeit in der Bundesregierung Ihr Vertreter verlangt hat, er geht nur dann in die Regierung, wenn dieses Aufmarschverbot beseitigt wird. (Meyßner: „Das geniert niemanden!“) Man weiß nicht, was eigentlich hier der ernste Wille ist, ob hier auch Theorie und Praxis verschieden sind (Meyßner: „So wie

bei Euch!“), wie das beim Heimatschutz in seinen Weisungen zum Ausdruck kommt, das kann ich noch nicht feststellen. Aber jedenfalls wäre es von außerordentlicher Notwendigkeit, wenn man diesen Antrag ernst nimmt, daß man auch dafür sorgt, alle Voraussetzungen im Innern zu schaffen, um Ruhe und Ordnung herzustellen (Meyßner: „Den Parlamentarismus weg, dann haben wir gleich Ruhe!“), damit die Fremden wirklich hereinkommen und nicht durch Sonntag für Sonntag stattfindende Krawalle fluchtartig unser Land verlassen. Meine Damen und Herren, uns selbst kann es schließlich und endlich, wenn wir von den Gefahren, die wir für die Wirtschaft sehen, absehen, die uns vor allem leiten bei dieser Stellungnahme, gleich bleiben. Wenn Sie aufmarschieren, so werden auch wir aufmarschieren (Meyßner: „Wenn Ihr noch etwas habt!“) und Sie haben gesehen, daß wir dann viel größere Massen auf die Beine bringen. (Meyßner: „Aber ohne die 140 Gemeinderäte, die Ihr seit dem 24. April verloren habt!“) Und ohne Bezahlung! Wir brauchen nicht, wenn wir in Graz einen Aufmarsch machen wollen, ganz Steiermark aufbieten, um 500 Mann zusammenzubringen, sondern die bringen wir ruhig in Graz auf und weiß, weiß mehr. Wir werden dann sehen, wie weit wir wieder kommen mit diesen Aufmärschen; sie werden wieder ungeheures Geld kosten, weil man zu jeder kleinen Veranstaltung, wo Zusammenstöße zu befürchten sind (Zwischenruf: „Warum denn?“), Wachebeamte und Militär aufbieten muß, die ungeheure Summen kosten, die viel besser zur Belebung der Wirtschaft (Hornik: „Und Eurer Parteibonzen!“) und des Fremdenverkehrs, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verwendet werden könnten. (Hornik: „Da würden sich Eure Parteibonzen freuen, wenn sie die bekommen würden!“)

Wir haben uns daher schon im Ausschuß erlaubt, einen Antrag zu stellen, diesen vorliegenden Antrag zu ergänzen und einen Punkt 3 anzuschließen, der lauten soll (liest):

„3. Da als eine der unerlässlichsten Voraussetzungen für die Belebung des Fremdenverkehrs die Vermeidung von Beunruhigungen der Bevölkerung anzusehen ist, wird der Landeshauptmann und die Landesregierung beauftragt, alle geeigneten Vorkehrungen zu treffen, damit nicht durch Beunruhigung der Bevölkerung der Fremdenverkehr behindert und gestört wird.“

Im Ausschuß selbst ist ein diesbezüglicher Antrag, der dahin gelaufen hat, daß die Landesregierung beauftragt wird, der Bundesregierung naheulegen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, angenommen worden. Inzwischen ist das Aufmarschverbot aufgehoben worden, und die Verfügung an die Landeshauptleute gelangt, die also jetzt Ruhe und Ordnung zu sichern haben. Deshalb stellt sich unser Antrag auch nicht mehr mit dem Auftrag, der Aufforderung an die Bundesregierung, sondern an den Landeshauptmann und die Landesregierung ein. Ich bitte Sie, auch diesen Zusatzantrag zum vorliegenden Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hornik: Hohes Haus! Der Herr Abg. Rosenwirth hat bei Begründung seines Antrages einige

Bemerkungen gemacht, welche eine Erwidierung herausfordern. Er hat zunächst einmal Zweifel darüber ausgesprochen, daß die von der Landesregierung im Rahmen des bewilligten Budgets dem Fremdenverkehr zugedachten Mittel für den Fall der Flüssigstellung auch dem zugedachten Zwecke zugeführt werden. Seine Zweifel seien dadurch gerechtfertigt, daß ein neuer Präsident des Landesverbandes für den Fremdenverkehr gewählt worden sei, der den Herren Sozialdemokraten nicht recht schmackhaft ist. Ich begreife ja, daß er Ihnen nicht paßt. (Rosenwirth: „Nicht einmal dem öffentlichen Gericht war er schmackhaft, der Unsaubere und Unkorrekte!“ — Mahner: „Die Appetite sind verschieden!“) Er hat jedenfalls eine andere Rolle gespielt, als Ihnen erwünscht war. Aber der Herr Abg. Rosenwirth scheint nicht zu wissen oder absichtlich zu übersehen und zu verschweigen, daß die Gelder, welche von uns zur Förderung des Fremdenverkehrs flüssig gemacht werden, nicht dem Landesverband für Fremdenverkehr, sondern dem Förderungsdienst im Rahmen des Fremdenverkehrsförderungsdienstes des Landes, dem Fremdenverkehrsfonds zugeführt werden, und daß nicht der Präsident des Landesverbandes, sondern der Referent der Landesregierung darüber verfügt. Er hat natürlich den bekannten Dreh, den sie in der 2. B-Klasse ihrer Parteischule lernen, angewendet und mit der Dummheit der Öffentlichkeit gerechnet. Herr Abg. Rosenwirth, Ihre Rechnung ist in diesem Falle ganz bestimmt falsch. Ebenso falsch ist es auch, wenn Sie die Aufhebung des Aufmarschverbotes als das katastrophale Hindernis für den Fremdenverkehr bezeichnen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Zunahme des Fremdenverkehrs und sein Umfang gerade in jenen Jahren am allergrößten war, als die Margisten nicht mehr die Straße beherrschten und ihre Macht gebrochen war, als die Straße und die Bevölkerung nicht mehr von den Sozialdemokraten unter Druck gehalten wurde. (Leichin: „Im Jahre 1921!“) Im Jahre 1921 und unter der Regierung Renner haben allerdings Ihre Massen die Straße bevölkert, aber von Fremden hat man bei uns nur die Schieber und polnischen Juden gesehen, die aus dem Ausland gekommen sind; auch in den Jahren 1919 und 1920 war es so. Das war Ihr Fremdenverkehr. Es ist dann der Fremdenverkehr bis zum Jahre 1927 leider in recht mäßigen Grenzen geblieben. Warum, das ist auch kein Geheimnis, sondern allgemein bekannt. (Aust: „Weil der Hornik noch bei den Großdeutschen war!“) Man war nämlich nicht sicher, wenn man durch Knüttelfeld durchging und ein anderes Parteiazzeichen, als das Ihrer Partei hatte, daß man angeflegelt und bespuckt wurde. Es war ebenso auch in Bruck, wo anders Gefinnten sogar nachgeschossen wurde. (Mahner: „Wie ist das am 13. September gewesen?“) Da hat man keinem Fremden nachgeschossen! (Rufe auf sozialdemokratischer Seite: „Einen deutschen Volksgenossen, einen deutschen Arbeiter habt Ihr erschossen!“ — Lärm.) Auch wenn Sie Ihre Meinung und Ansichten in Sprechhören vorbringen, deshalb werden sie noch immer nicht zur Wahrheit (Mahner: „Sie haben keinen Arbeiter erschossen am 13. September, die Hei-

matzschüler?“), ob das nun der Herr Abg. Mahner allein sagt oder ob noch 20 Komparsen dazukommen. (Zwischenrufe.) Sie sind nur 17, das macht aber nichts. Das Unisono in Ihrem Konzert ist noch lange nicht ein gutes und wirksames Tonstück, sondern bleibt mit mehr als einem Mißton behaftet. Aber Tatsache ist das eine, und das werden auch Sie nicht bestreiten können, weil es durch statistische Daten bewiesen wird, daß in den Jahren 1929 und 1930 bis zum Sommer 1931 der Fremdenverkehr stetig an Umfang zugenommen hat. Ich meine, daß der Ernst, mit welchen wir derartige Fragen behandeln, daß dieser Ernst etwas tiefer ist und etwas mehr den Tatsachen Rechnung trägt, als der, mit dem die Herren Sozialdemokraten die Fahne der Demokratie schwingen. Daß das bei Ihnen doch aufgelegter Schwindel ist, der nicht unbewußt, sondern absichtlich aufgeführt wird zur Täuschung der gesamten Bevölkerung, um Ihre Parteiinteressen fördern zu können, das ist Tatsache. (Oberzaucher: „Das ist eine Frechheit!“ — Aust: „Das ist nicht mehr 2. B-Klasse, sondern Hilfsklasse!“ — Lärm.) Ja, wenn drei von Ihnen auf einmal reden, dann kann ich nicht jedem zugleich antworten. (Unruhe. — Leichin: „Beim Heimatschutz gibt es ja nur Hilfsklassen!“ — Zwischenruf Rosenmanner. — Heiterkeit.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte keine Zwiegespräche zu führen.

Hornik (fortfahrend): Herr Landesrat Leichin, Ihnen würde eine solche Hilfsklasse nicht nur nicht schaden, Sie hätten im Gegenteil manchmal eine Hilfsklasse und dazu noch einen Nachhilfelehrer nötig. Wir werden dafür sorgen, daß Ihnen die nötige Nachhilfe auch noch zu Teil wird. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Oberzaucher: „So eine Einbildung!“ — Lärm. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Herr Landesrat Leichin, Sie waren mir nie maßgebend. (Wolf: „So eine Überhebung, so eine Einbildung!“)

In Verbindung mit den Aufmärschen hat sich der Herr Abg. Rosenwirth darüber aufgehalten, daß Volksvermögen vergeudet wird, da man die Gendarmen und Wachebeamten zahlen muß, die dann wahrscheinlich diese Schillinge sammeln oder als Kapitalisten in ausländischen Banken einlegen. Das ist der große Irrtum, der das Herz des Herrn Abg. Rosenwirth bedrückt. (Rosenwirth: „Sie wären froh, wenn Sie diesen Dienst nicht machen müßten!“) Es hat den Herrn Abg. Rosenwirth aber nicht bedrückt und sein Gemüt nicht beschwert und nicht das der sozialdemokratischen Parteimänner, als in den Jahren 1921, 1922 und 1924 von sozialdemokratischen Führern verhezte Arbeitermassen auf der Ringstraße nicht nur aufmarschiert sind, sondern so gewalttätig aufgetreten sind, daß Leute ihr Leben lassen mußten, wie zum Beispiel Mohapel usw. Damals haben auch Wachebeamte Dienst machen müssen, was gewiß nicht weniger kostspielig war. Da sehen wir, wie Sie Ordnung gehalten haben. (Mahner: „Ordnung hat immer unsere Partei gehalten!“) Ordnung, Herr Mahner? Ihre Ordnung hat in nichts anderem bestanden, als Leute ins bessere Jenseits zu befördern. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Rosen-

wirtk: „Sie politisches Chamäleon, lügen Sie nicht so!“ Sie sind ein ganz gewöhnlicher Frechdachs! Sie benehmen sich auch danach. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Mañner: „Sie wollen wohl dem Herrn Hitler gut gefallen!“) Noch zehnmal lieber diesem als Ihnen. Wenn ich Ihr Wohlgefallen erregen würde, so würde ich wohl eine sehr ernste Gewissenerforschung mit mir halten müssen. (Opershall: „Der Hornik als S. A.-Mann!“) Daß Sie ein Bolschewik sind, wissen wir schon lange, das brauchen Sie uns nicht erst zu bestätigen. Schließlich und endlich meine ich denn doch, daß es richtig gestellt werden muß, wenn hier unrichtige Behauptungen absichtlich von Ihnen aufgestellt werden und damit bewiesen werden soll, daß vielleicht Gelder, welche von dem Referenten der Landesregierung für den Fremdenverkehr verwendet werden, irgend einem außerhalb dieses Fremdenverkehrsdienstes des Landes Steiermark Stehenden, zur Verfügung gestellt werden.

Es muß auch festgehalten werden, daß das Interesse am Aufmarschverbot auf sozialdemokratischer Seite lediglich deshalb gezeigt wird, damit die Sozialdemokraten wieder indirekt mehr die Straße beherrschen können (Rosenwirtk: „Indirekt, wie ist das?“) und andererseits doch nicht aussieht, daß die Reihen ihrer Getreuen sich ziemlich zu lichten begonnen haben. (Mañner: „Daß Sie gar so ängstlich sind!“) Zählen Sie einmal die Stimmen Ihrer Lieben vom 24. April in der Steiermark, dann werden Sie finden, daß Sie mehr als . . . (Muhitsch: „Zählen Sie Ihre Stimmen! Warum haben Sie nicht Neuwahlen gemacht?“ — Rosenwirtk: „Die Heimwehr hat überhaupt keine Stimmen bekommen!“ — Meyßner: „Sucht Euch Eure 140 Gemeinderäte!“) Sie wissen ganz genau, Herr Bürgermeister, daß die Stimmen des Heimatblockes sich nicht wesentlich vermindert haben (Meyßner: „Was ist mit Eisenerz? Wo sind da Eure Stimmen?“), jedenfalls lange nicht in demselben Prozentsatz geändert haben, als bei der sozialdemokratischen Partei, besonders dort, wo Hochburgen des volksbeglückenden, des volkszerlösenden Marxismus sind. Herr Bürgermeister Auzt, in Knittelfeld weiß man davon ein Liedchen zu singen, die Herren in Eisenerz wissen das auch. Vielleicht weiß es auch jener Herr Landesrat, der sich mit dem Gemeindereferat beschäftigt und der nunmehr die Lieben in diesen steirischen Großgemeinden viel leichter als früher zählen kann, die noch den heiligen Marx anbeten. Auch in Bruck a. d. M., dem Reiche Ihres besonders robusten Parteitheiligen Wallisch, ist ein recht erheblicher Abfall zugunsten der Nichtmarxisten erfolgt, ebenso in Kapfenberg, Thörl, St. Marein usw., gerade dort, wo Sie die $\frac{2}{3}$ -Majorität hatten. (Leichin: „Es gibt überhaupt keine Sozialdemokraten mehr!“) Es sind noch einige wenige Sozialdemokraten da (Heiterkeit.), Herr Landesrat Leichin. Aber ein großer Teil, der größere Teil ist zu den Bolschewiken gegangen und ein fast ebenso großer Teil ist zum Heimatchutz gekommen. (Lebhafte Heiterkeit. — Mañner: „Ein so ein Schäker!“) Schauen Sie, was heute hier noch als sogenannte Marxisten sitzt,

das ist wieder fast schon Bourgeois. (Kammerhofer: „Schwer bezahlte Bourgeois!“)

Es ist besonders ergötzlich und für den Fremdenverkehr fördernd, wenn unter Führung von Menschen, die in Arbeit und im Dienst einer Gemeinde oder in Diensten von Gemeindebetrieben stehen, wenn unter Führung von solchen Marxisten Arbeitslose zu einer Demonstration mißbraucht werden zu einer Zeit, wo die Gemeindeangestellten in der Gemeinde ihre Amtsstunden absolvieren sollten. Es ist doch vor einigen Tagen vorgekommen, daß gerade Parteianhänger und Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei, während der Amts- und Dienststunden, die Amtsräume und den Dienst verlassen haben und die Arbeitslosen, welche zur Linderung ihrer Not demonstrierten, zu unbesonnenen Taten aufgehetzt haben. (Rufe: „Wo?“ — Oberzaucher: „Wer war das?“) In Bruck a. d. M. war es der Gemeindebeamte Ruz und ein Angestellter der städtischen Betriebe namens Köberl, ein Mann mit wöchentlich 80 S Verdienst. Der ging her und hetzte die Arbeitslosen auf, auf die Gendarmen Steine zu werfen. Er selbst hat ebenfalls auf die Gendarmerie Steine geworfen. (Oberzaucher: „Lügen Sie jetzt nicht?“) Nein! Das stelle ich unter Beweis. (Zwischenruf Oberzaucher.) Das sind Ihre Methoden, Herr Landesrat, mit denen Sie den Fremdenverkehr fördern wollen, das sind Ihre Methoden . . . (Muhitsch: „Sie fördern den Fremdenverkehr mit Stahlhelmen und Mannlichergewehren!“ — Rosenwirtk: „Ihnen scheint heute das Sodawasser in den Kopf gegangen zu sein!“) Bei Ihnen, Herr Rosenwirtk, ist überhaupt nichts drinnen. Aber das ist eine Tatsache, welche unter Beweis gestellt wird, auch wenn Sie, Herr Landesrat, jetzt noch so viel verdrehen wollen, daß das nicht möglich sei.

Wir kennen die Verhältnisse von der letzten Zeit, wir könnten noch andere Dinge von Ihnen erzählen, welche zur Förderung des Fremdenverkehrs beigetragen haben in einer Art, die den Fremden schleunigst Kehrt machen ließ und ihn so außer Landes geführt hat. (Gföller: „Der 13. September!“) Der hat sehr viel zur Beruhigung beigetragen. Wenn Sie, Herr Abg. Gföller beunruhigt waren, so hat Ihnen das einmal nicht geschadet. Sie haben das ganze übrige Volk mehr als ein Jahrzehnt, mehr als genug lange beunruhigt und in Gefahr gebracht. Wenn Sie jetzt auch ein wenig beunruhigt waren, so haben Sie sich doch wieder ganz gut vom Nervenschock erholt. (Mañner: „Der Pfrimer war nach dem Putsch länger krank!“) Ich werde Ihnen etwas sagen. Es kommt halt darauf an, der eine hat weniger und der andere mehr gearbeitet. Daher ist er etwas müder geworden. (Leichin: „Das wäre zu untersuchen!“) Bei Ihnen braucht man nichts zu untersuchen. Wo nichts ist, ist eine Untersuchung nicht mehr notwendig. Es war gestern auch zweifellos eine besondere Förderung des Fremdenverkehrs, als man bei diesem Kinderheim in Diemlach, das knapp neben der Bundesstraße liegt, eben jenes Kinderspielzeug gefunden hat, mit dem Sie von Jugend auf Ihre Parteigenossen zur friedlichen Tätigkeit erziehen. (Mañner: „Bei uns spielen Erwachsene damit. Ihr seid

„Kinderverzahrer“!) Nun, Sie werden in Obersteiermark kein Gewehr losgehen gehört haben (Sozialdemokratische Rufe: „In Kapfenberg!“) zu einem Zeitpunkt, wo (Zwischenruf: „Was ist mit dem 13. September?“) Ich kann Ihnen sagen, daß in den Jahren 1925 bis 1928 von Marxisten auf Andersgesinnte öfter geschossen wurde. (Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Wo?“) In Bruck. Fragen Sie den Sohn Ihres verstorbenen Parteigenossen, des Herrn Abg. Weigelberger. (Rosenwirth: „Es sind Arbeiter von Faschisten ermordet worden!“) Der wird es Ihnen sagen, wenn Sie es noch nicht wissen. Sie scheinen überhaupt über diese Dinge wenig zu wissen, fragen Sie ihn, dann wird er Ihnen die Antwort geben. Tatsache ist, daß in Bruck von Marxisten geschossen wurde, daß in Obersteiermark Blut geflossen ist (Rosenwirth: „Durch den Heimatschuß!“), zu einem Zeitpunkt, wo der Heimatschuß noch kein Gewehr gehabt hat. (Gföller: „Am 13. September in St. Lorenzen!“) Vom 13. September kann ich Ihnen etwas erzählen, wenn Sie mir vom 15. Juli etwas erzählt haben. Reden wir von etwas anderem, meinen Sie. (Leichin: „Zwei Stunden haben sie das Haus beschossen!“) Am 13. September, Herr Präsident Gföller, sind Ihre Schutzbündler vor der Heimatschutzkanzlei unbeteiligt gestanden (Rosenwirth: „Wie viele Tote waren in Kapfenberg?“) und spazieren gegangen. Am 13. September haben sich in Bruck von Ihren Massen ungefähr 80, und zwar 40 im Konsumverein und 40 im sogenannten Kinderheim versammelt und Bereitschaft gehalten, die anderen sind teilweise in kleinen Gruppen, teilweise einzeln, ohne daß sich jemand um sie gekümmert hätte, spazieren gegangen. (Wolf: „Die zwei haben sich wahrscheinlich selbst erschossen!“) In Kapfenberg haben die Herren zuerst vom Arbeiterheim herausgeschossen. Ich spreche aber nicht von Kapfenberg, ich rede von Bruck, von der Metropole des Herrn Wallisch. Der war damals halt in seiner Wohnung, die gut abgesperrt war. (Rosenwirth: „Und der Hornik, wo war der?“ — Zwischenruf eines Galeriebesuchers. — Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Ich ersuche den Herrn, sofort den Saal zu verlassen. (Unbekannter Galeriebesucher: „Das werde ich auch machen. Eine unwürdige Handlung!“)

Hornik (fortfahrend): Er hat bestimmt recht, wenn man beobachtet (Unruhe.) Wenn Sie in Sprechören tausendmal etwas wiederholen, wird es doch nicht zu Wahrheit und Recht. Aber unwürdig ist, Herr Abg. Rosenwirth, was Sie treiben, unwürdig ist es eines Abgeordneten, wenn er Tatsachen verdreht und auf den Kopf stellt, wie Sie es seit einem Jahrzehnt systematisch betreiben. (Wolf: „Ja, ein Krank-sinniger redet da drüben!“) Sie sind ja doch blöd.

Hoher Landtag! Wir werden (Wolf: „Niederlegen! Hilft Dir nichts mehr!“), weil wir nicht die Ansicht haben, daß die Aufhebung des Aufmarschverbotes den Fremdenverkehr behindert, sondern, weil wir der Ansicht sind, daß die Aufhebung des Aufmarschverbotes den Sozialdemokraten unangenehm ist, nicht für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen, weil sie damit eben einseitig ein neues Aufmarschverbot

heraufbeschwören. (Mahnert: „Sie können ruhig gegen Ruhe und Ordnung stimmen!“) Wenn es sich nur darum handeln würde, den Landeshauptmann und die Landesregierung aufzufordern, oder durch den Landeshauptmann die Bundesregierung aufzufordern, daß man (Mahnert: „... unsere Aufmärsche verbietet!“) o nein, sondern daß man Ihre Übergriffe verhindert und die Freiheit der Straße, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Gesinnung in diesem Lande wirklich gewährleistet, dann würden wir für einen solchen Antrag stimmen. (Ferner: „Siehe Bartholomä, wo die Bauern ruhig aufmarschiert sind!“) Der Herr Abg. Ferner hat noch nie eine Versammlung Andersgesinnter gestört, er ist immer wie ein Lamperl dort herumgestanden. Für den vorliegenden Antrag der Sozialdemokraten aber werden wir nicht stimmen.

Gaß: Hoher Landtag! Wir können recht froh sein, daß die heutige Fremdenverkehrsdebatte nicht durch den Herrn Huber Franz im Radio den Reisenden mitgeteilt wurde, denn sonst würden sie eher verschucht werden. Es ist viel wichtiger, sich heute mit der Lage der Fremdenbeherberger zu befassen, denn diese sind berufen, unsere fremden Gäste unterzubringen und zufriedenzustellen. Wenn wir noch eine Weile zuwarten, werden diese Fremdenbeherberger in eine solche Notlage geraten, daß sie spazieren gehen müssen. Mit der Sperrung ihrer Betriebe haben sie so schon gedroht.

Die Gasthofbesitzer haben sich um unseren Staat, um unser Land, große Verdienste erworben. Nach dem Kriege sind sie aller Mittel bar dagestanden, ihre Räume waren durch viele Jahre hindurch größtenteils von Militär belegt. Wenig Einnahmen waren vorhanden und die Möglichkeit der Nachschaffung und Ergänzung ist von Jahr zu Jahr geringer geworden, sowohl bei der Wäsche, als auch bei Einrichtungsstücken aller Art. Eben dieses Gastgewerbe hat sich nach dem Krieg rühmlich dadurch hervorgetan, daß es alle Mittel in Bewegung gesetzt hat, um wettbewerbsfähig zu werden. Kaum hatte dieses Gastgewerbe wieder Atem geschöpft, tauchten die verschiedenen Steuern auf. Staat und Land haben Geld gebraucht und man hat die Gastwirte nun eigentlich zu Steuer-einnehmern gemacht, ohne ihnen dafür Monatsgehälter oder einen Ruhegenuß für das Alter in Aussicht zu stellen. Sie haben die Herbergsabgabe übernehmen müssen, die bis zu 45 Prozent der Einnahmen verschlungen hat. Auch das haben sie überwunden. Mit Hilfe verschiedener Landtagsabgeordneten ist es gelungen, diese Steuer herabzusetzen, so daß man jetzt bei 4 Prozent hält. Es wäre somit die Lage des Hotel-gewerbes gebessert worden, wenn nicht die Gebäude-steuer an deren Stelle getreten wäre und wenn man, was unser früherer Kollege Dr. Illig wiederholt betont hat, für die unvermieteten Zimmer nicht auch noch Steuer hätte zahlen müssen, ebenso wie die Lichtsteuer sogar für unbelichtete Räume verlangt wird. Solange der Fremdenverkehr im Lande groß war, war das zu überwinden, aber heute, seit Eintritt der großen europäischen Krise, sehen wir, daß viele, namentlich die größeren Hotels, durch Wochen und Wochen so schwach

befehl sind, daß sie einen großen Teil der Angestellten entlassen mußten.

Es handelt sich nicht allein darum, hier im Hause darüber zu reden, wie man die Fremden ins Land bringen soll, sondern wir müssen auch darüber verhandeln, wie wir die Hotelgewerbetreibenden vor dem Untergange schützen können. Man möge nicht denken, daß ich da nur für die Unternehmer spreche, denn mit den Unternehmern fällt auch ein großer Teil der Angestellten. Wir werden nur die Arbeitslosen um eine große Zahl vermehren, wenn wir die Hotels und das Gastgewerbe zugrunde richten. Es handelt sich hier nicht nur um Hotelunternehmer, sondern auch um Köche, Kellner, Stubenmädchen, Portiers usw. Wir brauchen nur einen Blick in ein bekanntes hiesiges Hotel zu tun und werden erfahren, daß der Hotelier am frühen Morgen, wenn er aufsteht, bereits 1400 S Tagesregien bereitzustellen hat.

Mit dem Gastgewerbe hängt auch das Gedeihen des Bauernstandes innigst zusammen. Der Marktpreis, der in Graz gebildet wird und für das ganze Land Geltung hat, wird durch die großen Einkäufe der Hoteliers und Gastwirte am meisten beeinflusst, was wieder jedem einzelnen Bauern zugute kommt. Die kleinen Einkäufe spielen für die Preisbildung keine so große Rolle, aber wenn jeder Großbetrieb in der Woche 20 bis 30 Kälber und Schweine, ganze Rinder und Unmengen von anderen Lebensmitteln einkauft, dann wirkt sich das aus und belebt den Markt.

Damit habe ich dargetan, was die Gastgewerbetreibenden aus eigenem geleistet haben. Es war schön und lobenswert; sie haben ihre Häuser frisch herrichten und die Zimmer neu einrichten lassen. Ja, wenn sie dabei geblieben wären, dann wären sie nicht in so große Schwierigkeiten hineingedrängt worden. Leider Gottes aber haben sich allerhand Leute in die Fremdenverkehrsförderung hineingemischt, ja sich derselben bemächtigt, ohne selbst etwas vom Fremdenverkehr zu verstehen. Es heißt ja, daß es drei Gattungen von Fremdenverkehrsleuten gibt: Die einen, die etwas davon verstehen, aber darüber nicht schreiben und reden können; die anderen, die schreiben und reden können, aber nichts vom Fremdenverkehr verstehen, und die dritten, die weder schreiben noch reden können, noch etwas davon verstehen, und gerade diese wollen sich auf diesem heiklen Gebiete am meisten hervortun und einen Namen machen.

Ich erinnere mich an einen berühmten, hohen Herrn aus dem Handelsministerium — *nomina sunt odiosa*, es kann sich ja jeder denken, wer es war — der hat den Fremdenbeherbergern einzutrichtern gewußt, sie müßten allen Luxus, besonders aber Warmwasserleitungen einbauen, wie man es in der Schweiz und in England hat, und dann kämen die Millionen ins Land. Ich war immer ein Gegner von übertriebenem Luxus; denn der Engländer und Amerikaner, der zu uns kommt, ist kein Milliardär und will sein Geld hier nicht verpußen, er will vielmehr hier sparen. Zu uns kommen nur Schnorrer. Raben fliegen zu Raben, Tauben kommen zu Tauben und Schnorrer zu Schnorren. (Heiterkeit.)

Ich habe unsere obersteirischen Fremdenbeherberger immer ermahnt: Richtet euch einfache Zimmer her, schafft ordentliche Betten, braucht auch nicht für Prinzen zu sein, nur gute Matratzen gehören hinein, verwandelt eure Alborke oder die noch niedrigeren Stufen dieser Gattung in Klosetts. Verlässliches Wasser und ordentliche Kost, mehr verlangt der Fremde nicht, auf den wir rechnen können. Ich war der Erste, der gesagt hat, wir müssen den inländischen Fremden heranziehen und ihn davon abhalten, nach Dalmatien und Italien zu gehen. Diesem muß man das bieten, was er braucht und was er bezahlen kann. Ihm kann man nicht 14 S Tagespension anrechnen, sondern man muß sich auch mit 5, 6 oder 7 S begnügen. Damit der Fremdenbeherberger das leisten kann, dafür muß auch eine vernünftige Besteuerung vorsorgen. Kleine Fische waren immer gute Fische.

Der fremde Gast aus Österreich verlangt gar keinen Luxus. Und von zehn Leuten, die heute ein großes Hotel besuchen, sind ohnehin neun stier und der zehnte hat nichts übrig. Fast in ganz Europa ist ja die Wohlhabenheit verschwunden. Und für so eine verbummelte Welt soll ein Luxus eingerichtet sein, wie ihn kein Habsburger und kein Hohenzoller gekannt hat. Wenn Sie nach Schönbrunn gehen, sehen Sie das eiserne Bett des Kaisers Franz Josef — Gott laß ihn selig ruhen — mit zwei Kösen zum Zudecken. Schönbrunn hat heute noch keine Warmwasserleitung. Auch die Hofburg hat kein Bad, sondern nur Gummibännen gehabt. Und für die heutige Schnorrergilde sollen persische Teppiche ausgebreitet und ein Luxus entfaltet werden, wie er noch zu keiner Zeit üblich war. Und das hat einer der Höchstgestellten in der Republik den Leuten einzutrichtern sich bemüht! Man hat auf seinen Druck hin sogar schon für Tragöß einen Hotelausschuß gegründet gehabt, es sollte dort ein luxuriöses Hotel gebaut werden, wahrscheinlich wegen der berühmten Tragößner Quadrille. (Heiterkeit.) Nein, meine Frauen und Herren, es ist darüber nicht zu lachen, wir brauchen nicht weit zu gehen, um zu sehen, wie Leute auf solche Aufmunterungen von oben großzügig Einrichtungen geschaffen haben, um 200.000 bis 300.000 S zu 15 Prozent bis 20 Prozent Zinsen, und heute vor dem Untergang stehen.

Ganz Österreich ist auf das äußerste bedroht. Der Krisenzustand wird wahrscheinlich in diesem Monat nicht zu Ende gehen, sondern wird noch hüßch eine Zeit andauern. Dazu kommt, daß sich über die Gastgewerbetreibenden eine große Wetterwolke ausbreitet: Es droht eine Weinsteuererhöhung von 12 auf 20 S und eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer. Wie soll da das Hotelgewerbe solche Preise machen, daß der österreichische, der inländische Reisende, der kleinere und mittlere Beamte irgendwo hingehen kann? Sie müssen in den Stadtpark gehen und ihre Erholung auf dem Schöckel und auf dem Schloßberg suchen. Die Gastwirte gehen einem traurigen Sommer entgegen!

Weil der Herr Landesrat Menzner gerade über den Fremdenverkehr aus Ungarn gesprochen hat, möchte ich hinzufügen, daß auch Kroatien dazu gehört. Ich will dabei hervorheben, daß diese Fremden aus dem Osten, aus Ungarn und Kroatien, seit jeher nicht

nur wegen der Luftveränderung, der Berge und Wälder hieher gekommen sind. Einer der hauptsächlichsten Gründe für diesen Fremdenzug ist der, wie in der „Tagespost“ jeden Sonntag in den Anzeigen zu lesen steht: sie wollen nebenbei, daß ihre Kinder bequem Deutsch lernen. Es wäre sehr angebracht, der Bevölkerung im Lande Steiermark nahezu legen, davon möglichst Nutzen zu ziehen. Dazu gehört aber ein gewisses Entgegenkommen und der gute Wille, sich mit solchen Kindern abzugeben. Es ist für uns von großem Vorteil, weil dadurch nicht bloß solche Fremde herkommen, die drei Tage in Graz bleiben, sich einen kleinen Umfisch leisten, um dann wieder weiter zu fahren, sondern weil solche Fremde wochenlang dableiben. Wir haben übrigens noch eine besondere Gattung von Fremden aus den Nachbarländern hier, die zehn Monate im Land bleiben, das sind die Studierenden. (Wolf: „Also keine Schnorrer!“) Solche Gäste geben etwas aus, und es sind gewöhnlich auch nicht die Ärmsten, die aus diesen Ländern herkommen, viele von ihnen sind mit Stipendien ausgestattet. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß manche der einheimischen Studenten glauben, daß sie den Fremdenverkehr in bester Weise durch Hehereien und Keilereien fördern und dadurch, daß man die ausländischen Studenten aus den Vorlesungen verdrängt. (Aust: „Das haben sie beim Heimatschutz gelernt!“) Das ist ganz verfehlt. Es muß, wenn wir von diesen ausländischen studierenden Menschen einen Nutzen ziehen wollen, jeder gleich behandelt werden. So dergleichen, was sich bei uns immer wieder abspielt, wäre in England oder Frankreich nicht möglich. Oder daß man einem Fremden das Reden in seiner Muttersprache verbieten möchte! Von mir aus kann jeder reden, wie er will, nur soll er pünktlich am Ersten den Zins zahlen. (Heiterkeit.) Zum Gegenstand dieser Betrachtung gehören auch die Sanatorien, deren es in Graz ziemlich viele wohl ausgestattete gibt. Vor dem Krieg waren sie zum großen Teil von Kranken aus Ungarn und Kroatien besetzt. Das ist heute infolge der Devisenverordnung ausgeschlossen.

Wir sehen also, daß wir auf mancherlei Gebieten Grund haben, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Neben dem Gastgewerbe dürfen wir die verschiedenen anderen Erwerbszweige nicht übersehen. Das Hotelgewerbe muß unablässig Wiederherstellungen vornehmen. Es kann nicht mit zerrissener Wäsche paradieren, wie etwa eine Beamtenfamilie, nicht mit zerbrochenen Fensterscheiben usw. Es erhalten also durch das Gastgewerbe alle übrigen Gewerbe dauernd Beschäftigung und Verdienst. Nun wissen wir, daß gerade die aus dem Osten, aus Ungarn und Kroatien kommenden Fremden immer gute Käufer waren; zunächst in Buchhandlungen. Nicht nur, weil sie Romane lesen wollen, sondern einfach deshalb, um die deutsche Sprache leichter erlernen zu können; häufig ziehen sich diese Fremden bei uns auch von Kopf bis zum Fuß neu an, und die Modewarenhandlungen haben dadurch in ausgiebiger Weise Geschäfte gemacht, wodurch selbstverständlich auch alle ihre Angestellten, die heute arbeitslos sind, Nutzen gezogen haben.

Deshalb habe ich etwas ausführlicher gesprochen, daß der Fremdenverkehr nicht nur eine Angelegenheit des Gastgewerbes ist, sondern eine Angelegenheit, die uns alle angeht. Ich möchte beinahe sagen, unser Gehalt, das wir als Abgeordnete beziehen, wäre besser gesichert (Heiterkeit), wenn ein lebhafteres Geschäft im Lande zu verzeichnen wäre. Daher müssen wir Abgeordneten unser Bestes dazutun, trotz der Mahnungen von Heimatschutz und Nationalsozialisten, daß wir Abgeordneten alles ehrenamtlich, also unentgeltlich machen sollen. Geht Handel und Wandel wieder einmal richtig, dann wird es auch aufhören, daß einer dem anderen vorwirft, daß er eine Kurze oder Portoriko raucht. Man muß nur trachten, daß das Geschäftsleben im Lande vernünftig gefördert wird. Wir brauchen dazu gar nichts zu erfinden, wir müssen nur nachschauen, wie es vor dem Kriege zugeing und müssen trachten, es nachzuahmen. Wir kommen auch den Landwirten entgegen, wenn wir möglichst viel Fremde in das Land bringen; die Landwirtschaft klagt jedoch darüber, daß aus Ungarn und Kroatien noch immer zuviel Lebensmittel eingeführt werden, wodurch die einheimischen Preise gedrückt werden. Die Bauern haben recht, wenn sie sich dagegen wehren. Aber wenn wir die Lebensmittelzufuhr aus diesen Ländern schon nicht ganz verhindern können, dann müssen wir wenigstens darüber froh sein, daß Ungarn und Kroatien in hellen Scharen zu uns kommen und uns das viele Schweine- und Rindfleisch verzehren helfen, das sie liefern. Erst wenn Handels- und Fremdenverkehr wieder so blühen, wie früher, dann werden wir aufatmen können. So lange uns aber ein solcher Stillstand bedroht, wie in diesem Monat, ist es traurig um uns bestellt. Wir sollten einmütig zusammenstehen und unseren Fremdenverkehrsreferenten nach Kräften unterstützen, damit er die Wünsche weiter Bevölkerungskreise erfüllen kann. (Beifall bei den Christlich-sozialen.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, ich schreibe daher zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über Punkt 1 und 2 des Antrages des Berichterstatters und dann über Punkt 3 in der vom Herrn Abg. Rosenwirth vorgeschlagenen Form separat abstimmen.

(Punkt 1 und 2 werden einstimmig, Punkt 3 wird mit Mehrheit angenommen.)

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag, E.-Zl. 243, der Abg. Menzner, Hornik und Kameraden, betreffend Maßnahmen zur Aufhebung der Bundeshaftung für die Gläubiger der Creditanstalt.

Berichterstatter ist Herr Abg. Walcher.

Berichterstatter Walcher: Im Auftrage des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich über den Antrag, E.-Zl. 243, zu berichten.

Seit dem Tage, an welchem man die furchtbaren Verluste der Creditanstalt der Öffentlichkeit ratenweise bekanntgab, ist fast ein Jahr vergangen, in welchem die ganze Wirtschaft immer tiefer sank und ungeheure

Teile unseres Volksvermögens durch die untauglichen Rekonstruktionsversuche der Creditanstalt vernichtet wurden. Sieben Creditanstaltsgesetze wurden beschlossen, 100 Millionen Schilling aus Bundesmitteln, 50 Millionen Schilling aus den Kassen der Nationalbank und 50 Millionen Schilling aus den Sparkassen diesem Institute zugeführt, ohne daß dadurch die Lage der Creditanstalt irgendwie geändert worden wäre. Nicht nur diese Beträge gingen unserer Volkswirtschaft verloren, sondern durch die Belastung der Nationalbank mit 592 Millionen Schilling fauler Finanzwechsel der Creditanstalt wurde die Wirtschaft ungeheuer geschädigt, die Bankrate erhöht, der Zinsfuß bis zur Unerträglichkeit gesteigert und die Währung in Gefahr gebracht, so daß die Deckung unter das gesetzliche Mindestmaß gesunken ist. Wenn auch seit vielen Jahren von jeder Regierung versprochen wurde, durch Verminderung der Steuerlasten der Wirtschaft Erleichterung zu schaffen, so wurden diese Versprechen nicht nur nicht gehalten, sondern im vergangenen Herbst durch neue Steuern eine weitere Belastung geschaffen. Der Versuch, durch neue Anleihen im Auslande oder im Inlande eine Rettung zu bringen, muß als ungeeignet bezeichnet werden, da wir nicht einmal die Zinsen für die alten Anleihen aufbringen können. Die Absicht aber, eine weitere Belastung unserer Wirtschaft durch die Zahlung von etwa 40 Millionen Schilling jährlich während der kommenden 40 Jahre an die Gläubiger der Creditanstalt aus Steuergeldern durchzuführen, muß mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

Wenn die Regelung der Creditanstaltsfrage auch Bundessache ist und in erster Linie den Gerichtsbehörden übertragen werden sollte, so greift dieses Unheil so sehr in die Wirtschaft unseres Landes ein, daß die Forderung des Landes an die Bundesregierung nach sofortiger Beseitigung dieses Übels gerechtfertigt erscheint.

Von den Antragstellern wurde beantragt und ich erlaube nun das hohe Haus, diesem Antrage gleichfalls zuzustimmen (liest):

„Die steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich von der Bundesregierung zu verlangen, daß diese im Nationalrat ein Gesetz einbringe, durch welches die nach dem 2. Creditanstaltsgesetz vom früheren Finanzminister Dr. Juch namens der Regierung übernommene Haftung des Bundes den Gläubigern der Creditanstalt gegenüber sofort aufgehoben wird und die Hindernisse, welche durch das 6. Creditanstaltsgesetz der Anwendung des österreichischen Handelsgesetzes geschaffen wurden, wieder beseitigt werden.“

Menzner: Das Geschwür „Creditanstalt“ geht als Wirtschaftssensenmann noch immer in unserem Lande herum und es macht den Eindruck, als ob sich niemand getrauen würde, diesem Manne das Handwerk zu legen. Bei den letzten Wahlen hat sich allerdings ein ziemliches Geschrei erhoben, es war die Creditanstalt das beste Hausiermittel für manche, aber nach den Wahlen ist es wieder ziemlich still geworden. Seit dem 11. Mai 1931, wo der damalige Kanzler **Ende**, der

Finanzminister **Juch**, **Breitner** und diverse andere Herren mit **Rotschild** beisammen gesessen sind, um das Unheil zu beschließen, seit diesen Tagen ist eigentlich noch nichts geschehen, was diesem Unheil an den Leib rücken würde, nichts geschehen, was diese gewaltige Gefahr für unsere Volkswirtschaft ausmerzen könnte. Daher haben wir uns entschlossen, wenn die Sache auch Bundessache ist, doch hier im Landtage einen Antrag einzubringen, weil wir uns sagen, daß die Creditanstalt so schwer nicht nur auf die Länder, sondern auf jeden einzelnen heute schon drückt, so daß zu diesem Gegenstande, zu diesem gigantischen Volksbetrug und Volksraub auch seitens des Landes und Landtages Stellung genommen werden muß. Es geht nicht an, daß man eine solche Sache auf die lange Bank schiebt, verzögert und die Wirkungen anwachsen läßt. Wir haben vieles in unserem Lande getan, wir mußten in letzter Zeit ein gewaltiges Sparprogramm zum Teile zur Durchführung bringen, wenn auch dieses Sparprogramm nicht allein auf die Creditanstalt zurückzuführen ist, weil ja die Ertragsanteile des Bundes sehr nachgelassen haben und weil durch die Belastung der Creditanstalt jedenfalls die Steuerkraft zu versiegen beginnt. Wir haben Kulturstätten in unserem Lande niedergelegt, die Berg- und Hütten Schule in Leoben wurde aufgelassen, die Landesoberrealschule wird nach und nach aufgelassen, die Forstlehranstalt in Bruck, ein Kleinod ist gefährdet, eine Menge Schulklassen mußten aufgelassen werden, auch an den gewerblichen Fortbildungsschulen wurde gekürzt, Hilfsklassen wurden bereits eingezogen — die könnte man wohl auch ganz auflassen, weil Unvernunft auch ohne Hilfsklassen ziemlich hoch kommt — Handarbeitslehrerinnen stellt man nicht mehr an, man bemüht sich eben in diesem Staate den Menschen die Arbeit abzugewöhnen. Die wirtschaftliche Drosselung bemerkt man auch sonst, die Stainzerbahn mußte stillgelegt werden, wir haben gewaltig gedroht beim Straßen- und Wasserbau. Wir haben einschneidende Sparmaßnahmen durch Zusammenlegung von Abteilungen getroffen, wodurch die Bevölkerung schwer getroffen ist, die Auflösung von drei Bezirkshauptmannschaften und zweier politischer Exposituren wurde beschlossen, ferner die Pensionierung einer größeren Anzahl von Beamten, das sind Zeichen, die sicherlich darauf hinweisen, daß das Land in schwere Not geraten ist, und daß diese Sparmaßnahmen notwendig geworden sind, weil man auf der anderen Seite Gelder hinauswirft, Gelder einem Raubrittertum zur Verfügung stellt, was eigentlich nicht sein sollte, und wo die Bundesregierung entsprechend eingreifen mußte. Wir spüren die finanzielle Lage auch hier im Lande, wir haben einen stets zunehmenden Schuldenstand, weil wir die Rechnungen, die einlaufen, nicht sogleich bezahlen können, wir können auch die Dollaranleihe nicht mehr verzinsen, was ich als das geringste Übel ansehen würde. Man nimmt Kredite auf, bleibt den Gemeinden die Ertragsanteile schuldig, wo die Bedürfnisse durch die Armenlasten immer mehr steigen, so daß sich die Umlagen fortgesetzt erhöhen müssen. Wenn wir die Wirtschaft ansehen, so sehen wir, daß die Ausgleichs, die Stilllegungen, die Konkurse, immer mehr zunehmen und die weitere Folge ist die vermehrte Zahl der Arbeitslosen, der Ausge-

steuerten und wir können wohl sagen, daß durch die Wirtschaft, die auch die Creditanstalt großgezogen hat, daß durch dieses parlamentarisch-demokratische System, das sich solche Dinge leistet, wie die Creditanstalt, unsere Wirtschaft vor die Tore des Friedhofes geführt wurde. Solche Dinge greifen in die Wirtschaft unseres Landes sehr schwer ein, gehen das Land etwas an und darum haben wir den Antrag gestellt und haben uns nur gewundert, daß man demselben seinerzeit die Dringlichkeit nicht zuerkannt hat, man hatte scheinbar Zeit auch in dieser Sache, wir hätten es lieber gesehen, wenn wir früher dazu hätten Stellung nehmen können.

Unser Antrag besteht aus zwei Teilen, dem ersten Teil, der von der Bundesregierung fordert, daß man endlich einmal mit dieser Haftung Schluß macht, und das 2. Creditanstaltsgesetz außer Kraft setzt und dem zweiten Teil, daß man das 6. Creditanstaltsgesetz außer Kraft setzt, welches es verhindert, daß man die Creditanstalt ordnungsmäßig und gerichtsmäßig behandelt.

Das 2. Creditanstaltsgesetz wurde mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme des Heimatblockes angenommen. Wir hatten die schwersten Bedenken geäußert diese Haftung unserem Volke aufzulasten, weil wir damals schon vorausgesehen haben, welche drückende Lasten dieses Gesetz für unser Volk bedeuten würde. Wir haben sogar ein Volksbegehren aufgelegt und ich kann sagen, daß nicht nur die Heimatbeschützer dieses Volksbegehren unterschrieben haben, sondern auch Mitglieder sämtlicher Parteien mit uns gleichen Sinnes waren, daß man ehemöglichst dieses Geschwür heilen, austrocknen soll, weil es unserer Wirtschaft nur zu schwerem Schaden gereichen kann. Es war merkwürdig, wie dieses 2. Creditanstaltsgesetz zustande gekommen ist. Man hat es in den Nationalrat gebracht und der Berichterstatter Dr. Weidenhoffer hat damals einen Deutschvortrag gehalten schon in einer gewissen Vorahnung, daß sich da vielleicht jemand finden könnte, der nicht gut deutsch kann. In diesem Vortrage hat er das Datum, den 21. Mai, das dazu bestimmt war, ein Markstein in dem Gesetze zu sein, ausgelöscht, weil er behauptet hat, daß ohnehin aus dem Gesetze klipp und klar zu ersehen ist, daß die Haftung nur für erst zu gewährenden Kredite übernommen wird. Es läßt sich darüber streiten, ob man überhaupt eine Haftung hätte übernehmen sollen. Aber jedenfalls glaubte man damit die Sicherheit zu haben, daß für die alten Schulden nicht gehaftet wird und merkwürdigerweise, er hat im Finanzministerium — ich will ihm keinen Vorwurf machen, er war vielleicht nicht unterrichtet, daß im Finanzministerium besser tschechisch und hebräisch als deutsch verstanden wird — einen Mann gefunden, der das Futurum mit dem Perfektum verwechselt hat. Das war Juch, der die Haftung für alles übernommen hat. So wie das 2. Creditanstaltsgesetz geschaffen wurde, wurde auch das erste erledigt, bei welchem sich allerdings die Sozialdemokraten noch gewehrt haben, beim 2. haben sie nichts mehr dazu gesagt. Dann haben sich die Leute zu drücken begonnen, sie wollten nichts damit zu tun haben, obwohl die Fraktion und der Ausschuß im Anfang einverstanden waren, daß man mit dem gesamten Betrag hafte. Und wenn gerade heute die Sozialdemokraten so auftreten, so möchte ich da er-

innern an die Besprechungen zwischen Ender, Breifner, Juch, Reisch und Rothschild, und es hätte Breifner doch bekannt sein müssen, was seine Rassengenossen vorhaben. Der Schaden ist nicht ausgeblieben, er war katastrophal. Nach dem 1. Creditanstaltsgesetz haben wir 190 Millionen Schilling — in Wahrheit waren es 250 Millionen — vom Ausland ausgeliehen, und zwar bei der B.-I.-Z. und bei der Bank von England u. a. und diese Schuld hat uns schon manche Ungelegenheit gemacht. Wir mußten von Etappe zu Etappe, von 3 Monaten zu 3 Monaten immer wieder in das Ausland betteln gehen, daß die Kredite verlängert werden und dieses Betteln hat uns manches eingetragen, zwar kein Geld, sondern nur Verhaltungsmaßregeln und den Wunsch, daß wir der Donaukonföderation zustimmen sollen. Zu diesen 190 Millionen sind 50 Millionen der Sparkassen gekommen und 50 Millionen der Nationalbank und man hat dieses Geld in die Creditanstalt hineingeworfen und neue Aktien ausgegeben. Der Bund hat auch einen Schippel Aktien bekommen, aber auch Rothschild hat welche dafür bekommen, daß er seine Aktien, die keinen Pfennig mehr wert waren, hergegeben hat. Mit Rücksicht auf die Haftung ist dann ein Institut eingesprungen, allerdings gegen das Bankstatut. Es war das die Nationalbank und die hat alle Wechsel übernommen — sie hat gegen das Bankstatut gegen 600 Millionen Schilling faule Wechsel übernommen — und dadurch wurde der Devisenstand der Nationalbank vollkommen ruiniert und zertrümmert. Von 930 Millionen Schilling Devisenstand sind wir auf 33 Millionen Schilling herabgesunken und wir haben gesehen, daß dadurch die Golddeckung zugrunde gerichtet wurde, denn wir sind von einer Golddeckung von 78 Prozent auf angeblich 17 Prozent heruntergesunken, auf 17 Prozent, die nicht stimmen, weil darin auch die 190 Millionen Schilling enthalten sind, die wir nicht hier, sondern im Ausland liegen haben, für die wir nur einen Bon liegen haben, für die wir noch Zinsen zahlen müssen und mit denen wir uns brüsten können, daß wir noch 210 Millionen Schilling Golddeckung haben. Die Bankrate ist ganz gewaltig hinaufgeschneilt. Mit dieser Bankrate geht jegliches Geldinstitut in die Höhe, die kleinste Sparkasse hat ihren Zinsfuß hinaufgesetzt, viele gewerbliche Unternehmungen und viele Landwirte wurden von dieser Zinsfußerhöhung überrascht, kamen in Schwierigkeiten und manche haben daran glauben müssen. Man konnte die Schuld nicht mehr bezahlen mit Rücksicht auf die schwere Last, die übernommen wurde. Nun ging man zu anderen Mitteln, um das Übel der Creditanstalt hinauszuziehen, aber keineswegs zu heilen. Man ging auf die Devisenordnung über, man führte die Zwangswirtschaft im Geldverkehr ein und hoffte auf diese Art und Weise die Sache regeln zu können. Nein, man hat damit der Wirtschaft keinen Dienst erwiesen und diese Devisenordnung nicht für die Wirtschaft geschaffen, sondern das durch die produktive Tätigkeit in unserem Staate Erarbeitete den Raubrittern in den Rachen geworfen, die immer mehr und mehr Forderungen an uns gestellt haben. Man hofft mit der Devisenordnung den Schilling halten zu können, hat einen Zwangsschillingkurs eingeführt, der nur für

das Inland Geltung hat. Das Ausland läßt sich das nicht gefallen, läßt sich nicht diktieren, der Schilling rasselt dort herunter und steht heute dort um 30 Prozent tiefer als im Inland und die Folge davon war, daß man die Devisen ausgeschöpft hat, um sie den Herrn Gläubigern der Creditanstalt und denjenigen, die uns Geld geliehen haben, als Zinsen auf den Tisch zu legen. Aber wir erreichten damit nur, daß wir anregend auf die Einfuhr wirkten. Denn wenn der Schilling im Ausland billiger ist als im Inland, so führt jeder gern ein und das vernichtete unsere Ausfuhr noch mehr als sie sich heute schon in Schwierigkeiten befindet. Doch nicht allein das war eine Maßnahme, die man der Creditanstalt zu Liebe getroffen hat, man hat auch noch ein Einfuhrverbot bekommen, eine Regelung der Einfuhr und eine Regelung für die Wirtschaft. Allerdings ist das eine richtige österreichische Regelung der Wirtschaft. Die Regierung hat eine Tafel gefan mit dem Einfuhrverbot. Sie kann sagen, wir greifen ein in die Wirtschaft und wir wollen erreichen, daß wir nicht ein Übermaß von Auslandsarbeitern beschäftigen, sondern endlich einmal unsere Arbeiter, und wollen erreichen, daß nicht wahllos Waren vom Ausland eingeführt werden, sondern trachten, die eigene Produktion zu heben. Die vom Einfuhrverbot etwas erwarten, können zufrieden sein und die, die die Einfuhr wollen, die bekommen das Zertifikat und können auch zufrieden sein. Man erwarte sich davon nicht das, was man sich erwarten könnte, und wenn nicht drakonisch zugegriffen wird, werden wir damit nichts erreichen.

Aber nicht allein diese Maßnahmen haben die Wirtschaft niedergedrückt, man hat auch in letzter Zeit die Steuerschraube ganz gewaltig angezogen, um auf diese Weise aus der ausgepreßten Zitrone herauszubringen, was man zur Bezahlung der Schulden braucht. Es wurde eine Besoldungssteuer, eine Krisensteuer, eine Ledigensteuer, eine Kraftwagenverkehrssteuer, eine Benzinsteuer, eine Erhöhung der Zuckersteuer, der Bahnfahrise, des Tabakpreises, der Fernsprech- und Zollgebühren, ferner eine Spezialgebühr auf Salz, Tee und Kaffee, die Beibehaltung der Biersteuer durchgeführt, obwohl diese seinerzeit nur für das bäuerliche Notopfer bestimmt war. Außerdem wurde eine Reform der Sozialversicherung mit Verlängerung der Wartezeit, eine Pensionsbeitragssteigerung und eine Beamtengehaltskürzung durchgeführt seit der Zeit, als die Creditanstalt als Fledderer bei uns umgeht und die Gelder an sich zieht. In der letzten Zeit versucht man weitere Steuern einzuziehen, noch weiter die Steuerschraube anzuziehen, man spricht von einer Beschäftigtensteuer. Ich wäre neugierig, wenn das Gesetz kommt, wer in diesem Gesetz als Beschäftigter wird bezeichnet werden und wer da wieder die Kosten zu tragen haben wird. Hand in Hand damit ist beabsichtigt eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer und eine Zolltarifierhöhung insbesondere auf Gewürze durchzuführen, wahrscheinlich will man den Paprika feurer machen, den wir brauchen würden, um endlich mit der Creditanstalt fertig zu werden. Alles das ruiniert unsere Kaufkraft und unsere Wirtschaft und dient nur zur Rückendeckung von falschen Bilanzen, Mammut-

gehältern, zur Deckung von Spekulationsverlusten und von zu Unrecht bezogenen Zantiemen. Ich glaube, daß das Grund genug ist, daß sich nicht nur ein Landtag, sondern alle Landtage mit der Creditanstalt befassen und die gesamte Bevölkerung aufsteht und kategorisch und ernstlich verlangt, daß die Sache mit der Creditanstalt bereinigt werde. Das 2. Creditanstaltsgesetz muß weg, denn unsere Wirtschaft hat dafür genug geblutet. Man kann verschiedener Ansicht sein. Manche vertreten die Ansicht, daß die Schuld allein den Finanzminister Zuch trifft, weil er das Gesetz als solches überschritten hat, indem er eine übermäßige Haftung übernommen hat. Ich bitte, wir haben selbst im Nationalrat den Antrag eingebracht, daß die Ministeranklage durchgeführt werde. Wir sind aber auch der Ansicht, daß es in einem solchen Verfahren nicht Gläubiger verschiedener Art geben kann, sondern daß das Gläubigerverfahren durchzuführen ist, und dann können wir es uns überlegen, ob man den Sparkassen usw., die da eingesprungen sind, hilft, und ob man der Nationalbank hilft. Hier eine Zweiteilung zu machen, nachdem man die Sache soweit gedeihen hat lassen, würde ich für vollständig untragbar finden, denn mit dem Augenblick, wo man einen Unterschied macht zwischen Alt- und Neugläubigern, werden die Auslandsgläubiger noch präpotenter werden, als sie es ohnedies schon sind. Darum müssen wir der Sache näher rücken, denn diese Haftungserklärung war gelinde gesagt eine bodenlose Leichtsinngigkeit, die unser Volk vor die Paragraphen und den Staatsanwalt gestellt hat, so daß man mit schuldbarer Krida und mit dem Bankhaftungsgesetz nicht ankamte und die Herrschaften sich nun des Raubes weiter freuen können. Man hätte ihnen einen Ausgleich anbieten können und wenn sie diesen Ausgleich nicht angenommen hätten, dann weiß ja unser Gesetz, was zu tun ist. Wenn ihnen der nicht angenehm war, dann kommt der Konkurs. Die Sache hat mit einem gewaltigen Betrug begonnen, indem man gesagt hat, 75 Prozent unserer Industrie hängen an der Creditanstalt. Das ist nicht wahr. Wir brauchen nur einen Blick in den Kompaß machen und werden sehen, daß nur 25 Prozent unserer Industrie mit der Creditanstalt verquickt sind.

Man hat eine Verschleppungstaktik eingehängt, man hat acht Creditanstaltsgesetze geschaffen. Ich meine, wenn man jeden anderen Konkurs auch so begünstigen würde, acht Gesetze schaffen würde, um ein Unternehmen zu erhalten, brauchten wir wohl nicht so viel Industriefriedhöfe in unserem Lande zu haben. Man schuf auch noch ein Rekonstruktionskomitee, das man in recht merkwürdiger Art und Weise mit einem Beißkorb ausgestattet hat. Im 3. Creditanstaltsgesetz war nämlich festgesetzt, daß derjenige, der etwas von dem Geheimnis der Creditanstalt aussagt, etwas verrät, zu gewärtigen habe, daß man ihn fünf Jahre hindurch hinter Kerkermauern setzt. Wissen Sie, was das eigentlich ist? Das ist Vorschubleistung zum Verbrechen. Unser Strafgesetz als solches sagt doch deutlich, daß derjenige, der ohne vorheriges Einverständnis nach vollbrachtem Verbrechen dem Täter mit Hilfe und Beistand förderlich ist, ein Verbrechen nach § 214 begeht, und zwar der Vorschubleistung zum Verbrechen. Ich meine, wenn

man den Leuten den Mund verbindet, die hier Ordnung machen sollen bei dieser Creditanstalt, wenn man diese Leute mit Strafen bedroht, so ist das die höchste Potenz einer Vorschubleistung zum Verbrechen. Dieser Parteiproporzaußchuß hatte kein übermäßig langes Leben, er wurde gut bezahlt, hat aber nichts zuwege gebracht und wurde mit dem 7. Creditanstaltsgesetz aus der Welt geschafft. An seine Stelle kam eine neue Kommission. Aber auch bei dieser neuen Kommission, so eine Art Untersuchungsausschuß, hatte man wieder die Einengung des 3. Creditanstaltsgesetzes, indem man ihr auch einen Weiskorb umhängte, so daß die Leute nichts von den schönen Dingen der Creditanstalt verraten können. Ich wäre neugierig, was der Gerichtshof tun würde, ob man den wirklich wegen Verbrechens bestrafen könnte, wenn einer herginge und uns etwas über die Creditanstalt erzählen würde. Ich glaube, daß sich jeder Richter genieren würde (Gföllner: „Der Jakoncig wird es schon machen!“), einzugreifen, genieren möchte, so jemanden zu bestrafen. Wir wollen Ordnung machen mit der Creditanstalt und dazu gehört nicht nur das Eine, daß man das 2. Creditanstaltsgesetz außer Kraft setzt, sondern es gehört auch dazu, daß man das 6. Creditanstaltsgesetz außer Kraft setzt, mit dem man den Artikel 240 des Handelsgesetzes außer Kraft gesetzt hat. Nach diesem Artikel 240 des Handelsgesetzes ist jede Aktiengesellschaft und auch die, welche börsenmäßig Geschäfte betreibt, verpflichtet, dann, wenn das Vermögen auf 50 oder unter 50 Prozent herabsinkt und die Aktiven die Passiven nicht mehr decken, die Anzeige an die Verwaltungsbehörde und an das Gericht zu machen, so daß der Konkurs eröffnet wird. Das 6. Creditanstaltsgesetz hat diese Maßnahme des Handelsgesetzes außer Kraft gesetzt, so daß die Creditanstalt als solche es nun nicht notwendig hatte, den Konkurs anzumelden und wenn wir diesen Artikel 240 wieder in Kraft bringen, wenn wir das 6. Creditanstaltsgesetz außer Kraft setzen, dann ist die Möglichkeit gegeben, daß wieder mit dem ordentlichen Gesetze zugegriffen wird, dann kommt der Konkurs, dann kann man aber auch alle anderen Gesetze in Anwendung bringen, wie die schuldbare Krida und kann die Leute entsprechend zur Verantwortung ziehen.

Es soll eben nicht ein doppeltes Recht in unserem Staate herrschen, es sollen nicht für die Creditanstalt andere Gesetze maßgebend sein als wie für sonstige arme Teufel, als wie für einen Kaufmann, der einmal irgendwie in Schwierigkeiten kommt. Wie man uns einschätzt, das hat man am besten gesehen an dem Verlangen der Auslandsgläubiger, daß man wohl nur als unverfroren und unverschämmt bezeichnen kann. Sie verlangen nicht weniger als wie 32 Millionen Schilling durch 40 Jahre. Also alle Jahre sollen wir aus unserer Volkswirtschaft 32 Millionen Schilling herausarbeiten und uns auspumpen und ausschinden, um diesen Raubrittern das Geld auf den Tisch zu legen, 40 Jahre lang hindurch auf den Tisch zu legen, was einen Betrag von 1280 Millionen Schilling ausmacht. Andererseits hört man so durch den Blätterwald, daß die Regierung unter Umständen vielleicht geneigt wäre, ihnen die Hälfte zu bieten, also 16 Millionen Schilling. Ob es wahr ist, vermag ich nicht zu garantieren. In den

Blättern, in den Zeitungen war es aber geschrieben. Es wäre ein Betrag von 640 Millionen Schilling und wenn man bedenkt, daß die Herrschaften nur 500 Millionen Schilling zirka zu kriegen haben, daß sie bei einem Konkurs nur 10 Prozent herausbekommen würden, wir also mit 50 bis 60 Millionen Schilling bei den Auslandsgläubigern heraussteigen könnten, muß man sich wundern, daß man noch immer nicht den Konkurs angesagt hat, um dieser Sache den Garau zu machen. Wer da so gewaltig interessiert ist daran, daß sich niemand in der Regierung findet und gefunden hat, hier zupacken, was es für Geheimnisse zu verbergen gibt, welche Hindernisse bestehen, das ist allerdings bisher noch unergründlich. Jedenfalls hat nun die neue Regierung wenigstens einmal ein Nein gefunden. Ich glaube, daß das Nein nicht aus purem Selbstwillen entstanden ist, sondern weil vielleicht das Wasser, das den Herrschaften schon in den Mund hereinrinnt, das Ja erstickt hat. Jedenfalls verhandelt man hinter verschlossenen Türen so wie bei einem Sittlichkeitsverbrechen, schließt die Öffentlichkeit aus und ich meine, es ist ein Sittlichkeitsverbrechen diese ganze Creditanstaltsangelegenheit. Es ist eine Schändung unseres Volkes und unseres Volksvermögens, was man bisher getan hat, und da beeilt man sich nicht, man hat Zeit, obwohl die Creditanstalt an und für sich in ihrer Verwaltung schon allein 32 oder 36 Millionen Schilling im Jahre kostet, obwohl zirka 100 Millionen Schilling Zinsen aufzubringen sind und die Anstalt selbst nur 40 Millionen Schilling aufzubringen in der Lage ist. Ich meine, daß ganz gewaltige Eile not tut, daß man hier nicht drakonisch genug das Verlangen nach sofortiger Klärung stellen kann. Es wundert mich, daß man unserem Antrage hier im Landtage, ich wiederhole das, die Dringlichkeit, die wir angesprochen haben, verweigert hat, daß man unseren Antrag hinausgezogen hat. Da war keine Stunde, kein Tag zu versäumen, um endlich einmal in dieser Creditanstalt zum Wohle unseres Volkes Ordnung zu machen. (Beifall beim Heimatblock.)

Wolf: Hohes Haus! Wir sind in Österreich und auch in Steiermark manchen Skandal gewöhnt. Um nicht wiederum persönliche Empfindlichkeiten bei den einzelnen Parteien wachzurufen, will ich gleich mit Umgehung der steirischen Skandale zur Frage kommen, die uns jetzt beschäftigt. Bei Behandlung der Frage der Creditanstalt ist sicherlich der größte, unerhörteste Betrug am Parlamente und am Volke begangen worden. (Menzner: „Der von Ihnen unterstützt worden ist!“) Darauf, Herr Landesrat, lassen Sie mich einiges sagen. Ich kann es mir ersparen, die schädlichen Auswirkungen dieser Gesetze zu besprechen, weil Landesrat Menzner bereits ausführlich über die Schädigungen dieser Creditanstaltsgesetze gesprochen hat. Es ist eine schwärende Wunde, eine Wunde, an der wir nachgerade zugrunde zu gehen drohen. Dieser Betrug an unserem Parlamente und an unserem Volke muß gutgemacht werden. Um darzutun, in welcher Weise das Parlament hintergangen worden ist, muß gesagt werden, daß bei Behandlung des 2. Creditanstaltsgesetzes von den hiefür verantwortlichen Stellen in allen Ausschusssitzungen, in allen notwendigen Vorver-

handlungen, immer nur von einem Betrage von 140 Millionen Schilling gesprochen worden ist. (Meyßner: „Hat der Breitner nicht gewußt, daß es mehr war?“) Unmittelbar nach dem 11. Mai 1931 hat der Herr Generaldirektor van Hengel der Bundesregierung bereits bekanntgegeben, daß dieser Betrag ein Vielfaches von 140 Millionen Schilling beträgt. Das wurde allen Parteien verschwiegen. Es war auch weiterhin nur von 140 Millionen Schilling die Rede. Man hat also die Tatsachen abgeleugnet, auch die Parteivertreter sind in den Vorverhandlungen von diesen Tatsachen nicht in Kenntnis gesetzt worden. In der Nationalratssitzung am 28. Mai 1931 hat der Berichterstatter über das 2. Creditanstaltsgesetz, es war das damals Abg. Dr. Weidenhoffer, im Wortlaute die Wendung gebraucht, daß „eine Haftung für künftig zu gewährende Kredite“ übernommen wird. Das ist im stenographischen Protokoll des Nationalrates auch so vermerkt. Ebenso befaßt der § 1 dieses Gesetzes, daß von neuen Krediten die Rede ist. Es sind also zwei Tatsachen. Es war immer nur von 140 Millionen Schilling die Rede und zweitens, es wurde ausdrücklich von der Haftung für künftig zu gewährende Kredite gesprochen. Der in der Sitzung anwesende Minister für Finanzen Dr. Juch hat diesen Ausführungen des Herrn Berichterstatters Dr. Weidenhoffer nicht widersprochen. Unter solchen Voraussetzungen hat die sozialdemokratische Partei zugestimmt. Man muß ein solches Vorgehen als eine bewußte Irreführung bezeichnen, wenn man sich parlamentarisch ausdrückt. Ebenjogut kann man ein solches Verhalten auch als einen sehr üblichen Trick von Pferdehändlern und Schnalzern bezeichnen. Dieses Gesetz ist ein Betrug am Parlamente und am österreichischen Volke. Damit, glaube ich, einigermaßen auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Meyßner erwidert zu haben, der sich bemüht hat, auch die sozialdemokratische Partei für diesen größten Skandal in Österreich mitverantwortlich zu machen. (Meyßner: „Das seid Ihr reichlich!“) Außerdem hat Breitner, den Sie auch mehrmals erwähnt haben, am 15. Juli 1931 an die Herren Finanzminister Juch, an Bundeskanzler Doktor Ender und an den führenden Abgeordneten der christlichsozialen Partei, Dr. Kienböck, ein ausführliches Schreiben gerichtet mit der deutlichen Warnung, keinerlei Generalhaftung zu übernehmen, und mit dem deutlichen und klaren Verlangen, vor Eingehen jedweder Verpflichtung gegenüber dem Auslande die notwendigen rechtsverbindlichen Abmachungen zu treffen. Dieses Schreiben hat Breitner am 15. Juli, um 11 Uhr vormittags, persönlich dem Herrn Finanzminister Dr. Juch überreicht. Trotz all dieser Warnungen hat Dr. Juch als Finanzminister in der folgenden Nacht diesen verhängnisvollen Vertrag unterschrieben. Ich glaube wohl, es ist allgemeine Rechtsansicht, daß jeder Vertrag, der unter bewußter Vorgabe falscher Tatsachen zustande kommt, als null und nichtig zu erklären ist. Diese Tatsache trifft beim 2. Creditanstaltsgesetz zu; es fehlten alle Voraussetzungen für eine legale Beschlussfassung, es war ein Betrug, es waren Kofthändlermanieren, die da angewendet wurden, um zu diesem Vertrag zu kommen.

Wir sind durchaus der Meinung des Heimatblockes, daß es notwendig ist, aus dem 2. Creditanstaltsgesetz herauszukommen, soll die österreichische Volkswirtschaft nicht daran verbluten. Die Krise ist außerordentlich bedrohlich, die Deckung des Schillings ist nicht mehr vorhanden, die Devisenvorschriften unterbinden jeden Verkehr mit dem Ausland und erdrosseln den Rest unserer Industrie. Wir haben hunderttausende Arbeitsloser, hungernder und darbender, verzweifelter Menschen. Vielfach ist die Ursache in diesem Creditanstaltsgesetz zu suchen. Deshalb verlangen wir, nicht heute zum ersten Male und nicht auf Anregung des Heimatblockes. . . (Meyßner: „Es wäre gut gewesen, wenn Sie diese Ausführungen seinerzeit im Ausschusse des Nationalrates auch gemacht hätten!“) Der Heimatblock ist in der glücklichen Lage, einen Parteifreund mit ziemlich unaussprechlichem Namen im Ministerrat zu haben; es kann also das ohne weiteres geschehen, was Herr Landesrat Meyßner wünscht, daß man öffentlich verhandeln soll und nicht bei verschlossenen Türen. Der Handelsminister kann auch eine Änderung der Devisenvorschriften vornehmen. Auch haben Sie einen starken Assistenten in der Person des Herrn Landeshauptmannes Rintelen im Kabinett. Es ist also anzunehmen, daß nun alles zum Bessern gewendet werden wird. Ich verstehe, warum es Herrn Landesrat Meyßner lieber gewesen wäre, wenn sein Antrag noch vor 4 bis 5 Wochen behandelt worden wäre. Jetzt werden ja der Herr Handelsminister und Minister Dr. Rintelen Gelegenheit haben, diese Anträge des steierischen Landtages zu behandeln und im Kabinett zur Durchführung zu bringen. (Meyßner: „Darum sagen wir es ja!“) Wir hoffen, daß nun Ordnung geschaffen wird, Sie haben Gelegenheit dazu! (Meyßner: „Hättet Ihr damals beim 1. Gesetz Opposition getrieben, hättet Ihr schon seinerzeit das Creditanstaltsgesetz zu Fall gebracht!“ — Reisch: „Für das der Heimatblock gestimmt hat!“ — Meyßner: „Das ist wohl nur in Ihrem Hirn aufgetaucht!“ — Rosenwirth: „Nein, durchaus nicht; Sie haben im Ausschusse dafür gestimmt!“ — Hornik: „Plausch' net Pepperl!“)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß bei allem Bedürfnis nach lauten, politischen Schlagworten (Zwischenruf Krenn) — gewiß Herr Krenn, ich bin ganz Ihrer Meinung; das sehen wir heute hier — sogar beim Heimatschutz die Geneigtheit zu folgerichtigem Denken soweit doch bestehen dürfte, daß derartige Tatsachen, die wir mit Stunde und Tag und unter Hinweis auf das stenographische Protokoll angeführt haben, nicht bestritten werden können. Infolgedessen kann ich verlangen, daß der Heimatschutz bekennt, daß seine Hinweise auf das Verhalten Breitners ein Irrtum, eine Fälschung, eine Unwahrheit sind. (Meyßner: „Gar keine Idee!“) Wenn Sie das nicht tun, machen Sie sich einer Lüge verantwortlich. (Sozialdemokratischer Zwischenruf: „Auf das kommt es denen ja nicht an!“) Eine mehr oder weniger, Hauptsache bleibt das Schlagwort.

Ich habe meine Ausführungen zu dem Zwecke gemacht (Meyßner: „Um Breitner zu ver-

teidigen!"), weil wir selbstverständlich für den Antrag des Heimatblockes sind, aber verlangen müssen, daß die Schuldigen am Creditanstaltskandal auch zur Verantwortung gezogen werden, und außerdem verlangen müssen, daß alle diese, bisher das Licht der Öffentlichkeit scheuenden Tafsachen und Verhandlungen endlich in aller Öffentlichkeit behandelt werden, damit wir so zum Teil wenigstens unsere Kreditwürdigkeit und unser Ansehen wiedergewinnen können. Wir haben es einmal erlebt, vor drei Jahren bei dem Skandal der Bodencreditanstalt, daß dem Herrn Sieghart kein Haar gekrümmt worden ist. Jetzt ist der Herr Rothschild engagiert, auch dem wird kein Haar gekrümmt werden. Man wird in der Judengasse in Wien kleine Pinkeljuden niederschlagen, aber Sieghart und Rothschild werden Ehrenmänner sein! (Unruhe. — Hornik: „Sie packeln mit dem Breifner beim Tee!")

Ich habe für meine Partei den Antrag zu stellen, einen zweiten Absatz anzufügen, der folgendermaßen lautet (liest):

„Die Landesregierung hat von der Bundesregierung zu fordern (Meyßner: „Das haben Sie vom Volksbegehren abgeschrieben!"), daß die schuldigen Verwaltungsräte und Direktoren der Creditanstalt und der Bodencreditanstalt unverzüglich zur Verantwortung gezogen werden und ihr Vermögen zur teilweisen Wiedergutmachung des Schadens herangezogen wird. Von der Bundesregierung ist weiters die sofortige Veröffentlichung des Berichtes des Rekonstruktionsausschusses zu verlangen, da die Bevölkerung, der nunmehr die drückenden Lasten aus dem Zusammenbruch der Creditanstalt aufgebürdet werden, wohl ein Recht hat, über die Verfehlungen und über die schuldtragenden Personen informiert zu werden.“

Ich glaube, daß durch diesen Zusatzantrag wirklich ein Stück Rechtsgut dem Volke Österreichs gewahrt werden soll. Deshalb plaudiere ich für die Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hübler: Hohes Haus! Zu dem Antrag, der von Seite des Heimatblockes eingebracht wurde und der sich mit der Creditanstalt beschäftigt, kann man in zwei Richtungen sprechen. Einmal, wie denn eigentlich unser Bund in diese furchtbare Haftung hineingeraten ist, und das ist reichlich, wenn auch nicht mit einheitlicher Auffassung, in diesem Hause schon geschehen. Die zweite Frage wäre die, wie kommen wir aus dieser Sache heraus, wie befreit sich die Bundesregierung, beziehungsweise das Parlament aus dieser Haftung, zu deren Erfüllung die Auslandsgläubiger den gewiß nicht geringen Einfluß des Finanzkapitals, dieser Großmacht in Anspruch nehmen. Daß dieser Antrag im Hause gerade zu einer Zeit gestellt worden ist, wo die Bundesregierung mit den Auslandsgläubigern energisch verhandelt, ist sicherlich günstig. Je mehr sich in der Bevölkerung und in den öffentlichen Körperschaften die Auffassung durchringt, daß der Staat keinerlei moralische Verpflichtung habe, daß es richtig sei, was der amerikanische Senator Borah geäußert hat, irgend welche finanzielle Verpflichtungen seien hinfällig,

wenn sie die Leistungsfähigkeit übersteigen und den Lebensstandard eines Volkes überhaupt bedrohen. Das, was dieser Amerikaner sagt, gilt auch für das arme Österreich, das heißt, es ist ausgeschlossen, daß wir unserer ausgebeuteten, verarmten Bevölkerung neue Lasten auferlegen können, damit die rumänischen Petroleummagnaten zu neuen Einnahmequellen kommen.

Über das Verschulden zu sprechen, erübrigt sich, das ist heute reichlich geschehen, das bringt uns auch nicht weiter. Wie kommen wir aber aus der Haftung heraus? Nur durch die Aufhebung! Wird sich die Bundesregierung zu diesem Schritte entschließen? Vom großdeutschen Standpunkte aus möchte ich betonen, daß unsere Parlamentsfraktion gerade in letzter Zeit mit der größten Anstrengung darauf gedrungen hat, in dieser Frage die Klärung zu schaffen, die geschaffen werden muß. Daß meine Partei heute im Parlamente in Opposition steht, hat nicht die letzte Ursache in der Behandlung der Frage der Creditanstalt und ich möchte betonen, daß das weitere Verhalten meiner Partei im Parlamente auch vom Verhalten der Regierung abhängen wird. Aus allen diesen Gründen unterstützen wir den Antrag, der hier gestellt wurde. Ich möchte nur vor allem eines unterstreichen: Dieser Appell des Landtages, der ein Akt der Landesregierung wird, der dann weiter an das Bundeskanzleramt geht, wird viel weniger wirkungsvoll sein als ein anderer — und ich möchte das ganz objektiv, ohne Spitze, sagen — als der direkte Appell, den die Regierungsparteien an ihre Vertreter in der Bundesregierung richten können. Die Bundesregierung verfügt heute über eine so geringe Mehrheit, daß sie zweifellos dem Drucke auch der kleinsten, in der Regierung vertretenen Fraktion in dieser Frage weichen muß. Also, wenn hier dieser Antrag von den Landtagsparteien, die auch in der Bundesregierung ihre Vertreter haben, in dem von mir angedeuteten Sinne unterstützt wird, dann werden wir auch zu der Lösung kommen, die endlich die österreichische Wirtschaft und das österreichische Volk von dem tödlichen Alpdruck der Creditanstalt befreien wird.

Dr. Enge: Hoher Landtag! Drei Anträge des Heimatblockes, die der volkswirtschaftliche Ausschuss behandelt hat, haben das hohe Haus heute beschäftigt, obwohl alle drei Materien und Anträge nur ganz indirekt mit den Agenden des steirischen Landtages zu tun haben. Wir haben bei Behandlung des ersten Antrages über die Donaukonföderation erklärt, wir werden dafür sein, obwohl wir uns darüber klar sind, daß die Stimme des steirischen Landtages in der Welt durchaus nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Bei Beratung des zweiten Antrages über den Fremdenverkehr haben wir unserer Verwunderung Ausdruck gegeben, ob die Art der Behandlung über die Hebung des Fremdenverkehrs dazu angefan sein wird, denselben zu heben. (Meyßner: „Von unserer Seite gewiß nicht!") Ich habe allgemein gesprochen. (Zwischenrufe: „Er wird es schon wissen!" — Heiterkeit.) Nun darf ich namens der christlichsozialen Fraktion erklären, daß wir aus sachlichen Gründen auch für den Antrag des Heimatblockes bezüglich der Creditanstalt sind. Wir wissen, daß wir auch in dieser Frage

nur die Stimme von Steiermark nach Wien weiterleiten können. Wir würden hoffen und wünschen, daß die Stimme von Steiermark gehört wird. Wir glauben aber auch, daß die jetzige Bundesregierung, die gerade zur Behandlung des Creditanstaltsproblems aus dem Ministerrat einen eigenen Unterausschuß gebildet hat, mit jener Energie, wie sie vom Antragsteller zum Teil in temperentvoller Weise geschildert wurde, der Sache an den Leib rücken wird. Ich muß bedauern, daß bei der im allgemeinen richtigen Darstellung der Herren Antragsteller auch ein Problem angeschnitten wurde, das in der Öffentlichkeit anzuschneiden nicht am Plage ist, das Währungsproblem. Ein Problem in dieser Weise zu behandeln, ist immerhin unangenehm und eine brenzliche Sache, die besser im Interesse jener Idee, die dem Antrage zugrunde liegt, die Sicherung der Währung, die Sicherung der Wirtschaft, nicht zur Erörterung gestellt worden wäre.

In der Sache selbst meine ich, daß das Problem, welches dem Antrag zugrundeliegt, nicht von Steiermark gelöst werden wird. Wir werden uns übrigens, nachdem die Vertreter des Heimatblockes und der Sozialdemokraten hiezu meritorisch Stellung genommen haben, uns darauf beschränken zu erklären, daß wir mit dem Inhalt des Antrages einverstanden sind und dafür stimmen werden.

Wir müssen aber Stellung nehmen zu dem Zusatzantrag, den die Sozialdemokraten gestellt haben, der dahin geht, daß 1. die Bundesregierung aufgefordert wird, die Schuldtargenden zur Verantwortung zu ziehen. Für diesen Teil werden wir stimmen. Die Sozialdemokraten haben aber im zweiten Absätze verlangt, daß jetzt schon der Bericht des Rekonstruktionsausschusses veröffentlicht wird. Wir werden vom Herrn Präsidenten verlangen, daß über den Zusatzantrag der Sozialdemokraten getrennt abgestimmt wird. Während wir für den ersten Teil sind, sind wir nicht in der Lage für den zweiten Teil zu stimmen, und zwar deshalb nicht, weil der sogenannte Bericht des Rekonstruktionsausschusses nicht der offizielle Bericht des Ausschusses ist, derselbe eine reine Privatarbeit darstellt, die einseitig gehalten sein kann. Ich darf ferner feststellen, daß ich mir, bevor ich mich in die Rednerliste habe eintragen lassen, die heutige Reichspost habe kommen lassen. Ich werde eben jetzt so lange reden müssen, bis ich sie vom Hauptplatz zugestellt erhalten habe. Ich habe sie heute um 4 Uhr gelesen. (Wolf: „Hier ist sie. Wir haben sie schon gelesen!“) Man ist doch hin und wieder auf die Freundlichkeit von anderen Parteien angewiesen. Wenn Sie mir also die Reichspost zur Verfügung stellen würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. In dieser Reichspost ist enthalten, daß der Bundesminister für Justiz Dr. Schuschnigg, der kompetente Faktor, erklärt, daß die Staatsanwaltschaft, die berufene Instanz, der die Öffentlichkeit volles Vertrauen entgegenzubringen hat, in den nächsten Tagen das Aktienmaterial über die Creditanstalt veröffentlichen wird. Wir meinen nun, daß es uns besser gedient ist, wenn der Justizminister und die Staatsanwaltschaft uns das Material unterbreitet, als wenn wir eine Privatarbeit, die, entkleidet der Offiziellität, die tatsächliche Materie nur einordnen kann in ganz

bestimmter Absicht und nicht so wirken wird, als wenn wir einen Bericht der Staatsanwaltschaft, oder des Herrn Justizministers haben. Wir erklären daher, daß wir für den ersten Teil des Antrages der Sozialdemokraten sind, daß wir aber bei der getrennten Abstimmung gegen den zweiten Teil stimmen werden, weil wir die Sicherheit haben, daß in der nächsten Zeit schon der Bericht der Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit erscheinen wird.

Wir Christlichsozialen haben aber die Begründung unseres Antrages, den wir schon im Ausschusse gestellt haben und den eigentlich Herr Abg. Wolf in seiner Rede schon meritorisch wiedergegeben hat, darauf hingewiesen, daß tatsächlich die Haftung der Creditanstalt auf die alten Gläubiger, nach den Worten des Berichterstatters Dr. Weidenhoffer nicht auszudehnen wäre, sondern nur auf die neu aufzunehmenden Schulden. Aus dieser Begründung heraus haben wir im Unterausschuß den Antrag gestellt, der aber im volkswirtschaftlichen Ausschusse die Mehrheit nicht gefunden hat. Wir haben ihn nicht als Minderheitsantrag angemeldet, wir nehmen ihn aber im offenen Hause wieder auf und wir glauben schon, daß unser Antrag in der offenen Sitzung angenommen werden kann und angenommen werden wird.

Der Antrag lautet (liest):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei Behandlung des Creditanstaltsproblems Unterscheidung zwischen jenen Gläubigern zu machen, welche im Vertrauen auf die Haftung des Bundes nachträglich Einlagen gemacht haben und jenen Gläubigern, welche schon früher aus rein geschäftlichen Gründen, insbesondere wegen Zinsgewinnes mit der Creditanstalt in Verbindung gestanden sind. Sollte auf dieser Basis eine der Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Lage des österreichischen Volkes entsprechende Vereinbarung zur Lösung dieser Frage nicht erzielt werden, so wolle die Bundesregierung das ganze Creditanstaltsproblem, einschließlich Behandlung der Gläubiger im Wege der österreichischen Gesetzgebung alsbald und definitiv selbständig zur Erledigung bringen.“

Hoher Landtag! Wir glauben schon, daß unserem Antrage die Zustimmung gegeben werden wird und ich möchte schließlich nochmals der Hoffnung Ausdruck geben, daß die neue Bundesregierung, die schon in energischer Weise die Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern in den letzten Wochen geführt hat, ihre Nackensteife beibehält und in dieser letzten, schwersten Stunde versucht, für die österreichische Wirtschaft zu retten, was noch zu retten ist. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Hartleb: Hoher Landtag! Nur, weil es nicht gängig ist, daß sich eine Partei zu einer Sache, die nicht in den Landtag gehört, nicht äußert und weil daraus sicherlich in der Agitation Schlüsse gezogen werden würden, daß wir uns nicht getraut haben, in der Sache zu reden, möchte ich auch kurz etwas dazu sagen. Ich möchte vor allem feststellen, daß meiner Ansicht nach kein Streit darüber bestehen kann, daß das Parlament und die Regierung bei den Creditanstaltsgesetzen, die

beschlossen worden sind, gefäuscht worden sind, obwohl dem Parlamente Material vorgelegen ist und es Gelegenheit gehabt, dieses Material zu prüfen und auch im Laufe der Verhandlungen manches zu erfahren, was wir hier im Landtag nicht wissen. In erweiterem Ausmaße war dies sicher bei der Bundesregierung der Fall. Wenn diese beiden Körperschaften auf Grund dieser Tatsachen, auf Grund der Materialprüfung, für die Gesetze gestimmt haben, so haben sie es gewiß nicht mit der Absicht getan, den Aktionären der Creditanstalt zu Liebe, Steuergelder beim Fenster hinauszuerwerfen, sondern meiner Ansicht nach werden es wohl triftige wirtschaftliche Gründe gewesen sein, die sie dazu bewegen haben, solche Gesetze zu beschließen. Daß die eine oder die andere kleine Partei (Menzner: „Gar so groß sind Sie auch nicht“), die in Opposition ist, bei solchen Sachen aus agitatorischen Gründen nicht mitfunkt, hat dabei gar nichts zu bedeuten. Wir wissen aus anderen Fällen auch, daß solche Sachen vorkommen und ich glaube, wenn der Heimatblock damals die Regierung allein gehabt hätte oder einen Vertreter in der Regierung, wäre wahrscheinlich die Stellungnahme des Heimatblockes anders ausgefallen (Hornik: „Das kommt darauf an! Das glauben Sie nur!“), als sie heute ausgefallen ist. Es ist natürlich leicht, sich hintennach auf die Gescheiten auszuspielen. Ich habe schon oft im Landtag hier erklärt, daß beim Verhalten des Heimatblockes das alte Bauernsprichwort: „Hintennach redet die alte Ursch“ sehr oft zutrifft. Sie wissen immer nachher, was richtig gewesen wäre. (Hornik: „Sie wissen es immer vorher. Bei der Creditanstalt haben Sie es bewiesen, wie gescheit Sie sind!“) Wir wissen es vorher nicht, aber Sie wissen es nachher. Es ist natürlich im allgemeinen viel leichter, zu jeder Sache nein zu sagen, alles zu negieren, wenn man dafür keine Verantwortung trägt, als eine Verantwortung zu tragen und dann nein zu sagen. Das ist etwas wesentlich anderes.

Ich glaube aber mit dem Inhalt der Anträge, die heute hier abgestimmt werden, sind wir absolut einverstanden. Wir werden sowohl für den einen als auch für den anderen Antrag stimmen. Aber vom Standpunkte des Landbundes aus würde keine Notwendigkeit bestehen, daß wir vom steirischen Landtag aus unsere Vertreter im Parlament und in der Bundesregierung aufmerksam machen müssen, was sie draußen zu tun haben. Wenn der Heimatblock es für notwendig hält, so ist das vielleicht bedauerlich, wir werden ihn aber daran nicht hindern.

Menzner: Es liegen dem hohen Hause drei neue Anträge vor, beziehungsweise zwei und der eine von der sozialdemokratischen Partei hat zwei Punkte. Ich möchte dazu Stellung nehmen, um zu begründen, weshalb wir dem einen oder dem anderen zustimmen oder nicht zustimmen.

Der Antrag der christlichen Partei geht dahin, daß die Gläubiger, die erst später dazugekommen sind, anders behandelt werden sollen, als die anderen Gläubiger, die aus Spekulationsgründen in die Creditanstalt Gelder hineingelegt haben und das sicherlich zu verantworten haben werden. Wir sagen aber, man kann,

wenn ein Unternehmen vor dem Konkurs steht, nicht Unterschiede machen. Man kann nicht den einen begünstigen und den anderen ganz hineintauchen. Wenn sie einmal in die Creditanstalt verwickelt sind, müssen sie eben das Ausgleichs- oder Konkursverfahren über sich ergehen lassen, was hoffentlich kommen wird. Wir werden nachher sehen, ob man dem Einen oder dem anderen helfen soll. Ich habe bereits betont, wenn man hier Unterschiede machen würde, daß das nur die Auslandsgläubiger als solche aneifern könnte, in ihrer Unverschämtheit und Präpotenz noch weiter zu gehen, als sie ohnehin schon dies beabsichtigen. Eine solche Aufmunterung und Aufforderung können wir nicht zugeben. Wir sind uns sicher, daß unser Antrag, wenn er bei der Bundesregierung zur Durchführung gelangt, vollständig genügen wird, um Ordnung in der Creditanstalt zu machen. Wir können daher für diesen Zusatzantrag unsere Stimme nicht abgeben.

Was den Antrag der sozialdemokratischen Partei anbelangt, der im ersten Teile verlangt, daß alle Schuldigen herangezogen werden zur Wiedergutmachung und bestraft werden sollen, so haben wir das im Volksbegehren schon lange verlangt. Uns macht es daher keine Schwierigkeiten, diesem Antrage zuzustimmen. Wir haben diesen Antrag schon zu einer Zeit gestellt, wo Sie noch um die Millionen des Herrn Breitner äußerst besorgt waren. Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, der dahin geht, daß der Bericht aus dem Hauptausschusse verlaublich werden soll, so kann ich Ihnen auch verraten, daß unser Kamerad Neustädter-Stürmer im Hauptausschusse den Antrag gestellt hat, worauf auch die Sozialdemokraten einen solchen Antrag gestellt haben, und daß Neustädter-Stürmer dazu beifügte, daß auch die anderen Mitglieder einen solchen Antrag bringen und verlaublich sollen. Da von uns der Antrag im Nationalrat gestellt wurde, so sind wir auch hier bereit, diesem Antrage zuzustimmen, weil das für uns nichts neues bedeutet. Neu dürfte Ihnen sein, daß die Herren Sozialdemokraten im Ausschusse nicht für die Aufhebung der Haftung waren und da möchte ich Sie bitten, sich zu erkundigen. Ich will hoffen, wenn es soweit kommt und das Gesetz zur Aufhebung der Haftung in den Nationalrat kommt, daß Sie es sich vom Ausschusse bis zum Nationalrat vielleicht doch noch überlegen und dort Ihre Stimmen für die Aufhebung der Haftung geben. Das war vielleicht der Grund, warum wir den Antrag hier eingebracht haben, um einen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, weil die Sache schon über ein Jahr hinschleicht und in diesem Jahr unser Volksvermögen schon ganz gewaltig gerupft und gefleddert wurde und bei uns schon mancher Wirtschaftsfriedhof entstanden ist. Das hätten Sie mit ihren 72 Abgeordneten im Nationalrat leicht verhindern können.

Präsident: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft, ich schreite nun zur Abstimmung, und zwar werde ich zuerst abstimmen lassen über den Antrag des Berichterstatters und dann über die weiteren Anträge in der Reihenfolge, wie sie gestellt worden sind.

(Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.)

Nunmehr folgt die Abstimmung über den Antrag der sozialdemokratischen Partei, und zwar in zwei Abteilungen. Zuerst über den ersten Satz, der spricht von der Heranziehung zur Verantwortung und dann über den zweiten Satz, wegen der Berichterstattung.

(Der erste Satz wird einstimmig, der zweite Satz mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.)

Nun folgt die Abstimmung über den Antrag der christlichsozialen Partei, wie ihn der Herr Abg. Doktor **Engel** vorgetragen hat.

Hartleb: Ich bitte, kann man diesen Antrag noch einmal hören.

Präsident (liest):

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei Behandlung des Creditanstaltsproblems Unterscheidung zwischen jenen Gläubigern zu machen, welche im Vertrauen auf die Haftung des Bundes nachträglich Einlagen gemacht haben und jenen Gläubigern, welche schon vorher aus rein geschäftlichen Gründen insbesondere wegen Zinsgewinnes mit der Creditanstalt in Verbindung gestanden sind. Sollte auf dieser Basis eine der Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Lage des österreichischen Volkes entsprechende Vereinbarung zur Lösung dieser Frage nicht erzielt werden, so wolle die Bundesregierung das ganze Creditanstaltsproblem einschließlich Behandlung der Gläubiger im Wege der österreichischen Gesetzgebung alsbald und definitiv selbstständig zur Erledigung bringen.“

Hartleb: Darf ich jetzt nach der Geschäftsordnung zu diesem Antrag eine Erklärung abgeben.

Präsident: Ich bitte, eine Debatte kann ich nicht mehr zulassen.

Hartleb: Der Antrag ist nur im Zuge einer Rede verlesen worden und liegt uns nicht vor.

Präsident: Eine Debatte kann ich aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht zulassen, weil die Rednerliste bereits geschlossen ist.

Hartleb: Ich glaube, Herr Präsident, daß es nach unserer Geschäftsordnung zulässig sein muß, eine Erklärung abzugeben. Ich melde mich zu einer Erklärung zum Wort.

Präsident: Das kann ich nicht zulassen, weil das gleiche Recht dann jede Partei hätte, und nachdem die Rednerliste schon geschlossen ist, eine Debatte nicht mehr möglich ist.

Hartleb: Ich stelle fest, daß solche Fälle im Landtag schon vorgekommen sind. (**Meyszner**: „Wenn es Ihnen paßt!) Jedesmal werden wir uns nicht dem fügen, was der Herr Landesrat **Meyszner** will. Ich füge mich der Entscheidung des Herrn Präsidenten als Vorsitzenden des Landtages, werde mir das aber für die Zukunft merken, wo wir uns auch darnach halten werden.

(Der Antrag Dr. **Engel** wird nunmehr abgelehnt!)

Präsident: Punkt 4 der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag, E.-Zl. 246, der Abg. **Wolf**, **Leichin**, **Elser**, **Gföller** und **Genossen**, be-

treffend Besserung der Straßenverhältnisse im Bezirke Stainz.

Berichterstatter **Rosenwirth**: Hohes Haus! Ich habe im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag E.-Zl. 246 zu berichten.

Der Antrag hat gelaufen (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem hohen Landtage ehestens über die im Bezirke Stainz durchzuführenden Straßenerhaltungsarbeiten und über die Finanzierung dieser Arbeiten zu berichten.“

Dieser Antrag wurde im April 1932 gestellt. Im Ausschuss wurde vom zuständigen Referenten berichtet, daß in der Zwischenzeit die Landesregierung bereits Maßnahmen im Sinne dieses Antrages durchgeführt hat. Es ist hiefür ein Betrag von zirka 16.000 S notwendig. Auf Grund dieses Berichtes hat der volkswirtschaftliche Ausschuss folgenden Antrag dem hohen Hause zur Beschlussfassung vorzulegen beschlossen (liest):

„Dem Antrag der Abg. **Wolf**, **Leichin**, **Elser**, **Gföller** und **Genossen**, E.-Zl. 246, betreffend Besserung der Straßenverhältnisse im Bezirke Stainz wurde durch die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen bereits Rechnung getragen.“

Ich bitte diesen Beschluss zur Kenntnis zu nehmen und dem Antrage zuzustimmen.

Jenz: Hoher Landtag! Die steiermärkische Landesregierung hat unabhängig von diesem Antrag für die Aufrechterhaltung des Verkehrs im Bezirk Stainz Sorge getragen. Der Tatbestand war folgender: Durch die Einstellung der Bahn ist infolge der schlechten Wegverhältnisse zeitlich im Frühjahr eine Stockung der Zufuhr im Bezirke Stainz erfolgt, und war Stainz zu Anfang April 1932 von allen Zufahrtsmöglichkeiten abgeschlossen, weil die Autos bei dem schlechten Zustande der Straßen stecken geblieben sind und auch mit der größten Anstrengung oft nicht weitergebracht werden konnten. Die Vertreter des Bezirkes Stainz haben bei der Landesregierung vorgesprochen und Hilfe gesucht. Sie erhielten die Zusage von den Vertretern der Landesregierung, die damals an der Besprechung teilgenommen haben, das waren der Herr Landesrat **Höpfel** und ich, nach ausgiebiger und möglichst rascher Hilfe. Noch während ihrer Anwesenheit wurden dem Landesbauamt Weisungen gegeben, daß unverzüglich ein Ingenieur in den Bezirk Stainz abreise, dort die Kosten für die Herstellung der Straßendecke und für die Instandsetzung errechne und ehemöglichst der Landesregierung Bericht erstatte. Am nächsten Tage nach dieser Vorsprache ist ein Ingenieur in den Bezirk Stainz hinausgereist, hat nicht nur die Kosten der Herstellung der Straße längs der Bahn **Preding-Wieselsdorf** erhoben, sondern auch der Straßen **Stainz—Deutschlandsberg** und **Stainz über Lannach** nach **Graz**. Sein Bericht lautete, daß mit einem Betrag von 16.000 S die Straßen wieder fahrbar gemacht werden können, und zwar so, daß man mit einer dauernden Aufrechterhaltung des Verkehrs wieder wird rechnen können. Die Landesregierung war bereit, diesen amtlich und fachmännisch errechneten Betrag zur

Verfügung zu stellen. Sie befand sich aber in gewissen Schwierigkeiten hinsichtlich der Beifstellung des Kredites. Im Voranschlage des heurigen Jahres ist für derartige außergewöhnliche Hilfsmaßnahmen keine Vorsorge getroffen, und der Kredit könnte bei keiner einzigen der Straßen, die im Voranschlage bedacht waren, gekürzt werden, weil die Kredite so gering bemessen sind, daß sie kaum zur notdürftigen Instandsetzung der Straßen ausreichen und wie bekannt, kein einziger Betrag im Voranschlag vorhanden ist, der herangezogen werden könnte, mit Ausnahme des für die Packstraße bestimmten Betrages, für deren Ausbau auch im heurigen Jahre wenigstens zum Teil vorgesorgt war. In der Annahme, daß nicht der ganze Betrag für die Packstraße auf einmal in Verwendung genommen werden wird, haben wir den Versuch gemacht, aus den Mitteln der Packstraße einen Betrag leihweise zu entnehmen in der Absicht, ihn zurückzuersetzen. Diese Absicht erwies sich aber bei näherer Betrachtung als undurchführbar, weil hiemit die Ermächtigung des Landtages zur Kreditaufnahme für die Packstraße einerseits überschritten worden wäre, anderseits auch die Zustimmung des Ministeriums notwendig gewesen wäre, welche Zustimmung angesichts der Notlage des Landes wohl kaum zu erreichen gewesen wäre. Man mußte also von der Absicht, aus den Mitteln des Packstraßenbaues für den Ausbau der Stainzer Straßen einen Betrag zur Verfügung zu stellen, wieder absehen und einen anderen Weg suchen.

Da aus den Mitteln des Straßenbaues kein einziger Betrag aus dem Voranschlage freigestellt werden konnte, einigte man sich dahin, daß aus den Mitteln eines Brückenbaues der Betrag leihweise genommen werde und es wurde dann unverzüglich von mir als Referent in der Landesregierung der Antrag gestellt, diese 16.000 S dem Bezirke Stainz zur Instandsetzung der Straßen zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung hat diesen Antrag einstimmig angenommen und das, was der Bezirk Stainz sich erbitten hat, hat seine Erfüllung gefunden und die Zusagen, die seinerzeit auch bei den Vorträgen wegen Nichteinstellung der Bahn den Vertretern des Bezirkes Stainz gegeben worden sind, haben hiemit ebenfalls ihre Erledigung gefunden.

Diese eine Tatsache, daß der Bezirk Stainz infolge der Einstellung der Bahn im heurigen Frühjahr in förmliche Versorgungsschwierigkeiten gekommen ist, weil er vom Autoverkehr infolge des durchweichenden Zustandes der Straßen abgesperrt war, mag vielleicht als gewisse Mahnung gelten, daß sich die Eisenbahn doch nicht so sehr überlebt hat, wie vielfach angenommen und behauptet wird. In vielfachen Besprechungen hat man in den letzten Jahren die Ansicht vertreten, daß wir uns ganz auf den Autoverkehr einstellen müssen, und das Eisenbahnwesen vernachlässigen können, weil die Eisenbahn als Verkehrsmittel als vollkommen überholt betrachtet werden dürfe. Nun hat sich aber bei diesen Straßen von Stainz gezeigt, daß unter Umständen nach den Witterungsverhältnissen der Eisenbahnverkehr doch das Zuverlässigste und Sicherste gegenüber dem Autoverkehr ist, und es möge die Bevölkerung jener Bezirke, welche auf die Zufuhr der

Lokalbahn und der Landeseisenbahn angewiesen sind daraus für sich jene Lehre entnehmen, daß sie alles Interesse haben für die Aufrechterhaltung der Selbstversorgung und des Verkehrs in ihrem eigenen Bezirke, die Interessen der Bahn nicht zu vernachlässigen und sich ausschließlich auf den Autoverkehr zu verlassen, weil es unter Umständen, vielleicht bei Einstellung der Bahn bei nicht entsprechender Förderung durch die Bevölkerung das betreffende Gebiet in noch größere Schwierigkeiten kommen könnte, als es beim Bezirke Stainz in diesem Frühjahr der Fall war.

Ich bitte nun den Bericht, den der Herr Berichterstatter dem Landtage zur Kenntnis gebracht hat und die Ergänzung, die ich dazu gegeben habe, hinsichtlich der Hilfsmaßnahmen für den Bezirk Stainz zur Kenntnis nehmen zu wollen. (Beifall bei den Christlich-sozialen.)

Resch: Hoher Landtag! Ich habe schon vor Einstellung der Bahn Preding-Wieselsdorf—Stainz darauf hingewiesen, welcher großer Schaden der Bevölkerung, die ohnedies zum Großteil aus Kleinbesitzern besteht, durch die Einstellung erwachsen wird. Ich habe aufmerksam gemacht, daß der Schaden, der durch die Einstellung dieser Bahn gerade in der Landwirtschaft verursacht wird, bedeutend größer sein wird, als die Ersparung, die dadurch erzielt wird. Ich habe aber auch darauf hingewiesen, daß dadurch ein erhöhter Autoverkehr wird Platz greifen müssen, und daß diese Straßen von Stainz, die geradezu als Straßen minderer Art bezeichnet werden müssen, ja durchaus nicht für den jetzigen Autoverkehr, für den schweren Lastautoverkehr gebaut sind. Durch die Einstellung der Bahn werden nun die Straßen in einer außerordentlich erhöhten Weise durch die Autos befahren und benützt. Der Mehraufwand, der dem Bezirke Stainz infolge des erhöhten Verkehrs erwächst, wurde auf rund 50.000 S festgestellt. Ob nun der Bezirk Stainz dauernd diese erhöhte Belastung tragen können, nachdem er ohnehin, ich möchte sagen geradezu über den Kopf verschuldet ist, ist eine andere Frage. Diese Belastung hat nur der Bezirk allein zu bezahlen, wogegen früher der Abgang bei der Bahn aus Landesmitteln gedeckt wurde. Ich habe auch gefordert, falls die Bahn doch eingestellt werden sollte, daß dem Bezirke Stainz dafür als Ersatz, um die Straßen entsprechend ausbauen zu können, entsprechende Mittel vom Lande zur Verfügung gestellt werden und selbstverständlich wurde dieser meiner Forderung damals zugesagt. Trotzdem wurde die Bahn eingestellt und alles das, was ich damals vorausgesagt habe, ist bereits in Erfüllung gegangen. Die Straßen waren im heurigen Frühjahr in einem derartigen Zustande, daß das Befahren geradezu mit Lebensgefahr verbunden war und der Schaden, der dadurch den einzelnen Autounternehmungen erwachsen ist, macht bedeutende Summen aus, so daß mancher Autounternehmer in sehr große Schulden geraten ist und um aus diesen Schulden herauszukommen noch sehr lange daran zu tragen haben wird. Selbstverständlich ist nun der Schrei in der Bevölkerung wieder laut geworden, die seinerzeitigen Zusagen, die das Land gemacht hat, einzuhalten, um diesem elenden Zustande der Straßen baldmöglichst ein Ende zu machen.

Da nun eine Auszahlung nicht erfolgt ist, wurde ich vom Bezirke Stainz gebeten, ich möge bei der Landesregierung auf die Flüssigmachung des Betrages drängen, damit endlich diese Straßen wieder in einen normalen Zustand versetzt werden können. Der Christlichsoziale Klub hat nach Schilderung dieser Angelegenheit selbstverständlich das größte Verständnis gehabt und hat daher auch Herr Landesrat Jenz den Antrag auf Flüssigmachung des Betrages von 16.000 S gestellt. Dieser Antrag wurde auch angenommen. Unsere politischen Gegner haben es aber leider vorgezogen, die Sache in den Bezirken Stainz und Deutschlandsberg so hinzustellen, als ob wir Christlichsoziale gegen eine Unterstützung des Bezirkes Stainz gewesen wären. Ja, sie haben die Sache so hingestellt, als ob gerade wir das Hindernis wären, daß die Stainzer nicht zu ihrem Gelde gekommen sind. Es liegt halt leider schon in der Natur dieser Parteien einem anderen, so gut es geht, etwas anzuhängen, ob es begründet oder gerechtfertigt ist, darum wird nicht gefragt. Es ist schön, sich mit fremden Federn schmücken zu können, es muß eben immer einer an die Reihe kommen. Diesmal waren Herr Jenz und ich ausersehen, die als Feinde des Bauernstandes hingestellt wurden (Rainer: „Wer hat das gesagt?“), daß wir die Ursache waren, daß dieser Betrag nicht zur Auszahlung gelangte. Ob eine derartige Vorgangsweise seitens einer politischen Partei geradezu ehrenvoll ist, das möchte ich dem Volke zur Entscheidung überlassen. (Rainer: „Deutlicher werden! Namen nennen, nicht Pauschalverdächtigungen bringen!“) Ich möchte nur folgendes feststellen: Tatsache ist, daß gerade wir Christlichsoziale und in erster Linie ich es damals vor Einstellung der Bahn waren, die mit aller Schärfe dagegengesprochen haben, und daß auch wir Christlichsoziale es waren, die den Antrag auf Freimachung eines Betrages von 16.000 S gestellt haben. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Elser: Hoher Landtag! Ich habe schon einige Male hier in diesem hohen Hause ausgeführt, daß die Weststeiermark, besonders die südliche, ein Stiefkind darstellt in bezug auf die Straßensubventionen. Es ist außer Zweifel, daß beispielsweise die Straßenverhältnisse, besonders im Bezirke Stainz unter aller Kritik sind. Wenn man berücksichtigt, daß nicht nur die Hauptstraßenzüge besonders bei längerem regnerischen Wetter unbefahrbar sind, muß vor allem auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Zufahrtsstraßen zu diesen Straßenzügen überhaupt nicht mehr befahrbar sind. Ein Beispiel. Wir haben in diesem Jahre eine gute Obsternte, die Landwirte fragen heute schon, wie sollen unsere Produkte zum nächsten Bahnhof befördert werden. Es bedarf nicht eines Langen und Breiten, um hier auseinanderzusetzen, daß der Absatz eine Lebensfrage der weststeirischen und südwestlichen Bevölkerung ist und hier kann man nicht durch Worte, sondern durch die Tat beweisen, daß man dieser Bevölkerung behilflich sein will im Ausbau der Straßenneze. Daß die Einstellung der Bahn Preding-Wieselsdorf—Stainz ebenfalls eine schwere Schädigung der dortigen Bevölkerung darstellt bedarf keiner weiteren Erörterung. Ich möchte nur an alle appellieren, daß es

nicht immer bei Worten bleiben, sondern diesen Worten auch die Tat folgen soll, daß es zur Nutzenwendung kommt. Verschiedene Beträge sind eingestellt für Straßenbauten, wir haben wegen des Soboter Straßenbaues stundenlang herumgeredet, man möge dort helfend eingreifen, aber bis heute ist im allgemeinen nicht das geschehen, was schon längst hätte geschehen sollen. Nicht mit schönen Worten, sondern mit allem Ernste muß daran gegangen werden, diesem Straßenelend endlich einmal ein Ende zu bereiten. Die Bevölkerung erwartet von uns allen eine tatkräftige Unterstützung, wir alle sollen bereit sein zu helfen. Ich will nur hoffen, daß diese Hilfe eintrifft, bevor es zu spät ist, dort herrscht wirklich eine ungeheure Notlage.

Ich bitte Sie daher, nach all' diesen schönen Reden endlich einmal auch die Tat folgen zu lassen.

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, ich schreite zur Abstimmung.

(Der Antrag des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses wird einstimmig angenommen.)

Punkt 5 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage E.-Zl. 250, betreffend den Rechnungsabschluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1930.

Berichterstatter ist Herr Abg. Wolf.

Berichterstatter Wolf: Laut § 17 des Gesetzes vom 23. Dezember 1926, betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen in Steiermark, find der Voranschlag und der Rechnungsabschluß des Fortbildungsschulfonds alljährlich auf Grund der von den Schulausschüssen zu liefernden Nachweisungen vom Fortbildungsschulrate zu verfassen und durch die Landesregierung dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

In Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmungen wird der vom gewerblichen Fortbildungsschulrate für Steiermark der Landesregierung übermittelte, von der steiermärkischen Landesbuchhaltung überprüfte und richtig befundene Rechnungsabschluß für das Jahr 1930 dem hohen Landtage zur Genehmigung unterbreitet.

Ich habe für den Finanzausschuß folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Der vom gewerblichen Fortbildungsschulrate für Steiermark zufolge Sitzungsbeschlusses vom 5. Jänner 1932 vorgelegte Rechnungsabschluß des gewerblichen Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1930 wird genehmigt“.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 6 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage E.-Zl. 255, betreffend den Bericht zu dem Beschluß des steiermärkischen Landtages vom 22. Dezember 1931, Nr. 204 (Kommissionskosten, Ersparung.)

Berichterstatter ist Herr Abg. Peintinger.

Berichterstatter Peintinger: Ich habe namens des Finanzausschusses zu berichten über E.-Zl. 255.

Der steiermärkische Landtag hat an dem bezeichneten Tage den Beschluß gefaßt, die Landesregierung aufzufordern, feststellen zu lassen, welche Bestimmungen in den Bundes- und Landesgesetzen, sowie in den bezüglichen Verordnungen abgeändert werden müßten, um eine Ersparung an Kommissionskosten herbeizuführen.

Hiezu wird folgender Bericht erstattet:

Die Landesregierung hat anlässlich der Beratungen über die Verwaltungsreform wiederholt darauf hingewiesen, daß auch auf dem Gebiete des Kommissionswesens eine entsprechende Regelung und Ersparung eintreten müsse.

Da jedoch die Bestimmungen über die Vornahme von auswärtigen Amtshandlungen größtenteils in Gesetzen und Verordnungen des Bundes verankert sind und auch die Gesetzgebung über das Verwaltungsverfahren in der Hauptsache in die Kompetenz des Bundes fällt, ist die Neuregelung dieser Materie zum überwiegenden Teile eine Angelegenheit des Bundes. Dem Bundeskanzleramte beziehungsweise dem Generalkommissär für die Reform der Verwaltung in Wien liegen auch schon mehrere Anregungen vor, um das Kommissionswesen einzuschränken.

Bei einer Neuregelung der bezeichneten Materie wird jedenfalls aus Gründen einer größeren Übersichtlichkeit darauf Wert zu legen sein, daß neben einer Novellierung jener Spezialbestimmungen, die unbedingt abänderungsbedürftig erscheinen, eine Lösung in der Form einer generellen Regelung so zum Beispiel in einer Novelle zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz gefunden wird.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage eingehend befaßt und ist zu folgendem Beschlusse gekommen (lies):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen. Die Landesregierung hat jene Ersparungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Kommissionswesens, die in den eigenen Wirkungskreis des Landes fallen, in ernste Erwägung gezogen und es wird demnächst dem Landtage eine diesbezügliche Vorlage zugehen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung neuerliche Schritte zu unternehmen, um eine entsprechende Einschränkung und Vereinfachung des Kommissionswesens zu erreichen.

Die Vertreter des Landes Steiermark in der Länderkonferenz werden aufgefordert, im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform mit Entschiedenheit die Verringerung der Kommissionstätigkeit herbeizuführen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 7:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 253, betreffend die Über-

nahme der Landeshaftung für ein von der Lokalbahn A.-G. Weiz—Birkfeld—Ratten aufzunehmendes Darlehen.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Enge; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. Enge: Hohes Haus! Wir erinnern uns, daß im Mai 1930, begreiflicherweise unter Beteiligung auch der Landesvertretung, weil ja die Mehrheit der Aktien der Lokalbahn Weiz—Birkfeld—Ratten im Besitze des Landes ist, die feierliche Eröffnung dieser Bahn in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten stattgefunden hat. Es war dies gewiß ein Zeichen der dringenden Notwendigkeit, wenn wir nach dem Kriege die Weiz—Birkfelder Bahn nach Ratten, wo nur 2 bis 3 km fertig waren, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Schleppbahn ausgebaut haben. Es war auch festzustellen, daß die Bilanzen dieser Bahn bis zum Jahre 1929 voll aktiv waren und erst aus den begreiflichen Gründen der allgemeinen Wirtschaftsdepression passiv geworden sind, wobei das Defizit im Jahre 1929 noch erträglich, jedoch im Jahre 1930 bereits zu einer ganz bedenklichen Höhe angeschwollen war. Das Merkwürdige hiebei war, daß die Einnahmen im Personenverkehr sich nicht etwa gesenkt, sondern sich vielmehr erhöht hatten, eine Tatsache, wie wir sie sonst bei keiner Bahn bemerkt haben. Geradezu katastrophal war der Einnahmementgang im Frachtenverkehr. Ich kann sagen, die ganze Bahn ist eigentlich ein Einzugsgebiet für den Holzverkehr und es ist bekannt, daß im allgemeinen die Stagnation im Holzmarkt eine ganz wesentliche ist, in diesem Falle ist sie jedoch eine ganz besondere, weil die Ausfuhr aus diesem Kessel im allgemeinen nach Ungarn erfolgte und der Verkehr mit diesem Lande jetzt fast zur Gänze eingestellt ist. Es ist daher das Defizit der letzten beiden Jahre wirtschaftlich begreiflich und es ist nur zu hoffen, daß durch ein günstiges Ergebnis der Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn, die heute schon bei einem Kapitel erörtert wurden, dieser Zustand, der nur ein vorübergehender sein kann, tatsächlich wieder verschwinde. Aber die ungünstigen Verhältnisse haben dazu geführt, daß sich die Landesregierung bemüht hat, den Betriebsvertrag zu kündigen und nur bei Erreichung einer Bundeshilfe den Verkehr fortzusetzen. Würde es nicht gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, würde vermutlich mit der Stilllegung des Betriebes zu rechnen sein und müßte der Betrieb wieder als Schleppbahn geführt werden. Es läßt sich vielleicht auf den schlechten Straßen der Bezirke auf der Strecke Weiz—Birkfeld—Ratten zur Not ein Personenverkehr mittels Autobus erhalten, aber niemals ein Frachtenverkehr. Das halten die Straßen nicht aus und die Bezirke haben nicht die Mittel, die Straßen in fahrbarem Zustand zu erhalten. Es ist begreiflich, daß die Verwaltung alle möglichen Mittel versucht hat, um diesem unhaltbaren Zustande ein Ende zu bereiten. Die Gesuche nach Wien schienen zuerst ergebnislos zu verlaufen. Nun ist es endlich gelungen, daß das Finanzministerium die Vermittlung eines Kredites unter der Bedingung zugesagt hat, daß das Land Steiermark die Haftung übernimmt.

Im Finanzausschuß haben wir uns sachlich und reiflich darüber auseinandergesetzt und sind zu dem Resultat gekommen, daß dieser Kredit nur als ein Überbrückungskredit gedacht werden könne und nicht als Zuschuß an die Lokalbahn für die Zukunft. Das ginge nicht. Wir hoffen, daß es der Verwaltung gelingen wird, durch Betriebsreformen, Kündigungen, Ersparungen usw. das Defizit wieder zu beheben, und haben nach reiflicher Erwägung im Finanzausschuß einstimmig den Beschluß gefaßt, der Regierungsvorlage zuzustimmen, und zwar mit einer Ergänzung (liest):

„Der hohe Landtag wolle gemäß § 15, Absatz 2 c, des Landesverfassungsgesetzes beschließen:

Das Land Steiermark übernimmt die Haftung für die ordnungsmäßige Tilgung und Verzinsung eines von der Lokalbahn-A.-G. Weiz-Birkfeld-Ratten aufzunehmenden Darlehens bis zum Höchstbetrage von 250.000 S.

Die Landesregierung wird ermächtigt, das hiezu Erforderliche zu veranlassen.“

Im letzten Satz ist anzufügen (liest):

„... unter der Bedingung, daß die notwendigen Betriebsreformen zu den erforderlichen Ersparungen vom Verwaltungsrate der Lokalbahn-A.-G. beschlossen und durchgeführt werden.“

Ich bitte im Namen des Finanzausschusses, diesem Antrag zuzustimmen.

Opershall: Hohes Haus! Vor Monaten ist die Öffentlichkeit benachrichtigt worden, daß die Lokalbahn Weiz—Birkfeld eingestellt werden soll. Es war selbstverständlich, daß alle Kreise, ohne Unterschied der Partei, sich sofort zusammengetan haben, um diese drohende Einstellung zu verhindern. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir bereits vor Jahren auf die Zustände bei dieser Bahn hingewiesen und verlangt haben, daß da endlich einmal Abhilfe geschaffen werde, denn ohne Reformen müßte es zur Einstellung dieser Bahn kommen. Es war selbstverständlich, daß sich gerade die Wirtschaftskreise dieser Bezirke hinter die Parteien stellten und verlangten, daß diese Einstellung verhindert werde. Es ist schon heute im hohen Hause darüber gesprochen worden, welche Gefahren die Einstellung einer Bahn mit sich bringt. Wir haben auch bei der Stainzer Bahn schon gehört, welchen Schaden eine solche Einstellung für den gesamten Straßenverkehr nach sich ziehen muß. Vor einigen Wochen wurde hier ein Antrag angenommen, der sich mit dem Straßenzug längs der Landesbahn Weiz—Birkfeld beschäftigte. Es ist ausgeschlossen, daß dieser Teil des Landes nach Einstellung der Bahn wirtschaftlich noch bestehen könnte. Dazu kommt noch die Auswirkung der gedrosselten Holzausfuhr, die ja der Bahn solch große Verluste beigebracht hat. Ich habe bereits angeführt, daß noch andere Maßnahmen notwendig gewesen wären, um diesen Abgang auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Heute wurde ein Antrag aufgelegt, der sich mit der Reformierung des gesamten Landes-Eisenbahnwesens befaßt. Auch die Weiz-Birkfelder Lokalbahn kann nur im Rahmen des gesamten Landes-Eisenbahnnetzes von Steiermark behandelt werden. Wir haben jetzt einen eingeschränkten Verkehr auf

dieser Bahn und es ist so, daß, wenn man heute in Ratten etwas zu tun hat und mit der Bahn fahren will, zwei Nächte dort bleiben muß. Ich glaube nicht, daß man mit dieser Form der Ersparungsmaßnahmen die Bahn wird sanieren können.

Die Vorlage der Landesregierung verlangt nun die Übernahme der Haftung für ein Darlehen bis 250.000 S. Wir sind selbstverständlich dafür, daß der Bahn und damit der gesamten Bevölkerung dieses Gebietes geholfen werde, möchten aber hier doch unsere ernstesten Bedenken vorbringen, weil wir der Ansicht sind, daß man bei Fortführung des Betriebes in der Form, wie es jetzt geschieht, auch mit diesen 250.000 S das Auslangen nicht finden wird, daß dann das Geld, für das wir die Haftung übernehmen sollen, hinausgeworfen sein wird und sich der Landtag eines schönen Tages ganz einfach wieder mit der Frage der Einstellung der Bahn wird befassen müssen. Es kann eingewendet werden, es handelt sich hier um eine selbständige Lokalbahn-Aktiengesellschaft, aber da muß ich sagen, das Land hat die Mehrheit der Aktien und bei der Übernahme von der Feistritztaler A.-G. auch schon einige Millionen Schilling zugesprochen. Bei Einstellung der Bahn wäre es ganz unmöglich und ausgeschlossen, daß überhaupt die Land- und Forstwirte, die Gewerbetreibenden und die Industriellen ihre Waren werden verfrachten können, da der Zustand der Straßen dies nicht erlaubt.

Wir haben deshalb, das möchte ich besonders feststellen, damit es im Protokoll vermerkt wird, die Bedingung gestellt, daß zum Zwecke der erforderlichen Ersparungen vom Verwaltungsrate der Lokalbahn-A.-G. die notwendigen Betriebsreformen beschlossen und durchgeführt werden, da wir nur unter dieser Bedingung für diesen Antrag stimmen und auch nur bei Erfüllung dieser Bedingung eine gedeihliche Fortführung der Bahn erwarten können, und ich glaube, daß auch die Landesregierung alles Zweckdienliche veranlassen wird müssen, daß diese Reformen durchgeführt werden. Ich möchte noch ganz kurz anführen, obwohl die Einnahmen ganz kolossal zurückgegangen sind, sind trotzdem die Verwaltungskosten gleich geblieben. Damit werden wir uns später näher befassen und noch Gelegenheit haben, hier im Hause darüber zu sprechen. Die Einstellung der Bahn Preding—Wieselsdorf bringt eine Vermehrung der Verwaltungskosten mit sich, weil das Personal auf die übrigen Bahnen aufgeteilt werden muß, und je mehr Bahnen eingestellt werden, desto höher werden die Verwaltungskosten anwachsen. Ich glaube, daß die Landesregierung sich bemüht ist, in welcher Richtung hier eine Änderung wird eintreten müssen.

Ich kann namens der sozialdemokratischen Fraktion erklären, daß wir für diesen Antrag stimmen werden, jedoch, wie gesagt, nur unter der Bedingung, daß die notwendigen Betriebsreformen durchgeführt werden und auch der Verwaltungsrat ehemöglichst die Reformen durchführt, weil nur dadurch die Betriebsführung ermöglicht wird.

Höpf: Hohes Haus! Ich möchte ganz kurz zu diesem Gegenstand Stellung nehmen, und zwar deshalb, weil es notwendig ist, daß auch die Öffentlichkeit darüber

Kenntnis erhält, wie die Angelegenheit eigentlich steht. Wir haben in Steiermark Landesbahnen, eigentlich nach der Stainzer Bahn nur mehr eine, die Bahn Kapfenberg—Au-Seewiesen und dann haben wir Lokalbahnen. Es war sicher in früheren Jahren immer sehr angenehm zu beobachten, daß die meisten steirischen Bahnen aktiv gebart haben und daher uns das Eisenbahnwesen im Lande Steiermark verhältnismäßig wenig Sorge gebracht hat. Mit der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage war es natürlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Bahnen nicht mehr jenes Erträgnis abwerfen konnten wie in den früheren Jahren. Es wurde auch das Erträgnis der Bahnen von dieser Wirtschaftskrise entsprechend mitgerissen und die erste passive Bahn war die Stainzer Bahn, die durch einstimmigen Beschluß des Landtages bereits zur Einstellung gelangte. Die Stainzer Bahn hat deshalb einen derartigen Abgang zu verzeichnen gehabt, weil die dortige Industrie eingestellt wurde und weil der Höllerhansl seine Praxis auf den Nagel gehängt hat und dann auch, weil die Bevölkerung des Bezirkes Stainz selbst viel zu wenig Wert darauf gelegt hat, die Bahn zu benützen und sie so zu beschäftigen, daß der hohe Betriebsabgang vermieden worden wäre. Tatsache ist, daß der Personenverkehr von Stainz völlig verlorengegangen ist, weil die Bevölkerung es vorgezogen hat, den bequemeren Autobus zu benützen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich ganz kurz auf einige Bemerkungen des Herrn Abg. Resch zurückkommen, der eine Art anonyme Anklage erhoben hat, daß im Bezirke Stainz gewisse Parteien gleichsam irgendwie die christlichsoziale Partei dafür schuldtragend machen, daß die Bahn zur Einstellung gelangte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß damals der Beschluß des steiermärkischen Landtages völlig einstimmig gefaßt wurde und trägt daher jede Partei und jeder Abgeordnete dieses hohen Hauses mit die Verantwortung. Es kann sich daher niemand dieser Verantwortung entziehen. Jedoch hat der Herr Abg. Resch in seinen Ausführungen auch Bemerkungen gemacht, die ich nicht ohne weiteres unbesprochen lassen will, weil ich in allen Dingen die Ehrlichkeit und vollkommene Klarheit liebe und demagogische Ausnützung derartiger rein sachlicher Gegenstände unter allen Umständen ablehne. Ich vermeide es bei jeder Gelegenheit, polemisch irgendwie zu erwidern, in diesem Falle muß ich es aber machen, und zwar deshalb, weil es nicht angeht, daß ein Abgeordneter der Bevölkerung gegenüber sich anders verhält als dem zuständigen Referenten gegenüber. Das war bei Herrn Abg. Resch der Fall. Ich stelle ausdrücklich fest, nachdem Sie sich heute über die Straßenverhältnisse im Bezirke Stainz beschwerten, daß nach dieser Aussprache zwischen Bezirk und Gemeinde Stainz Sie es waren, der zu mir gekommen ist und mich gefragt hat, wie diese Sache steht und ich gesagt habe, die Landesregierung hat seinerzeit die Zusage gegeben, daß womöglich durch die Betriebseinstellung der Bahn dem Bezirk auf der anderen Seite durch Beiträge zur Straßenerhaltung in irgend einer Form entgegengekommen wird, aber die Vertreter des Bezirkes Stainz scheinen Beiträge im Kopfe zu haben, die natürlich von Seite des Landes unmöglich

zu bezahlen sind. Sie, Herr Abg. Resch, haben mir dann gesagt: „Ich weiß ohnedies, der Bezirk Stainz kommt nur darum gelaufen, damit er sich dabei noch etwas heraushebt.“ (Resch: „Das ist nicht wahr, das können Sie nicht beweisen!“) Ich habe noch nie in meinem Leben gelogen, ich gebe Ihnen mein heiligstes Ehrenwort, daß Sie mit diesem Ausdruck geantwortet haben: „Der Bezirk Stainz will die Einstellung der Bahn dazu benützen, um für seine Zwecke etwas herauszugeben, obwohl die Straßenverhältnisse im Bezirk Stainz genau so sind wie in den anderen Bezirken.“ (Resch: „Das ist nicht wahr!“ — Wolf: „Sie haben aber dafür gestimmt, Sie haben die Hand aufgehoben!“) Ich bin ein Gegner, polemisch zu sein, wo ich aber das Gefühl habe, daß man in diesem hohen Hause demagogisch sprechen will, fühle ich mich verpflichtet, dagegen entsprechend aufzutreten.

Was nun die Bahn Birkfeld—Ratten im Besonderen anbelangt, so ist es nicht richtig, daß seit Jahren ein Betriebsabgang zu verzeichnen war, sondern daß diese Bahn erst seit 1930 notleidend geworden ist, denn im Jahre 1929 hatte diese Bahn noch einen Betriebsüberschuß zu verzeichnen gehabt. Mit dem Eintritt der Krise auf dem Holzmarkte konnte man auch sofort das Absinken der Einnahmen für den Frachtenverkehr beobachten. Wir sehen, daß die Einnahmen für den Frachtenverkehr im Jahre 1929 noch 424.675 S betragen haben, während sie im Jahre 1931 nur mehr 240.130 S betrugen, also um rund 180.000 S in diesen zwei Jahren zurückgegangen sind. Interessant ist es, daß gerade bei dieser Bahn die Einnahmen aus dem Personenverkehr angestiegen sind, so daß man sagen kann, daß die dortige Bevölkerung ein Interesse an dieser Bahn hat, weil sie diese Bahn von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr immer mehr benützt. Es ist also nicht das gleiche wie im Bezirke Stainz eingetreten, wo die Bevölkerung mit Autobussen fährt. Die Bevölkerung benützt also diese Bahn, weil sie sie benützen muß, da die Straßenverhältnisse derart ungünstig sind, daß ein regelmäßiger und gefahrloser Autobusverkehr wie auf der Straße nach Stainz einfach nicht möglich ist. So sind auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr von 98.817 S im Jahre 1930 auf 105.616 S im Jahre 1931 gestiegen, also im Personenverkehr liegt der Fehler, liegt der Abgang nicht, sondern im Frachtenverkehr ist dieser Entfall zu verzeichnen. Wir waren schon im Jahre 1931 bestrebt, durch entsprechende Maßnahmen Ersparungen im Betrieb herbeizuführen und es zeigt sich auch aus der Bilanz, daß die gesamten Betriebsausgaben vom Jahre 1930 von 649.498 S auf 530.564 S zurückgegangen sind. Also es zeigt sich daraus, daß wir schon im vergangenen Jahre Betriebskostensparungen durchführten, diese waren aber leider zu gering, um den ganzen Entfall aus dem Frachtenrückgang wettzumachen.

Jeder, der in der Verwaltung Verantwortungsgefühl in sich trägt, muß sich bei einem derartigen Antrage die Frage vorlegen, wie ist es möglich, da man nunmehr einen Betrag von rund 200.000 S zur Sanierung dieser Verhältnisse beiträgt, die Sache so zu formen, daß der Betrieb auch weiterhin gesichert

erscheint, so daß diese Opfer, die nunmehr gebracht werden, auch wirklich entsprechend angelegt sind. Es würde der dortigen Bevölkerung gar nichts nützen, wenn wir die 200.000 S hinlegen und vielleicht in einem halben Jahr vor der gleichen Situation sind, vor der wir heute stehen. Daher müssen wir uns, die wir uns mit der Eisenbahnverwaltung im besonderen befassen, naturgemäß jene Maßnahmen ergreifen, die die Weiterführung des Bahnunternehmens sichern. Daher können die Herren der sozialdemokratischen Partei überzeugt sein, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln darnach trachten werden, jene Reformen durchzuführen sowohl in persönlicher als auch sachlicher Hinsicht, damit die Weiterführung gesichert erscheint. Für den Bezirk Birkfeld ist diese Bahn selbstverständlich eine Lebensfrage. Man darf nicht vergessen, daß diese Bahn eine Schienenlänge von 48 km beinhaltet und daß man natürlich eine Gegend in der Länge von 48 km an der Bahn und noch weiter hinaus nicht vollkommen vom allgemeinen Verkehr abschließen kann. Außerdem tritt hier noch folgendes zutage, daß, wenn die Bahn Weiz—Birkfeld eingestellt würde, der Zubringerdienst für die zweite Bahn, für die anschließende Bahn Gleisdorf—Weiz, wesentlich geringer wäre und daher auch die zweite Lokalbahn dadurch nothleidend würde, daß die Waren aus dem großen Gebiete des Bezirkes Birkfeld nicht mehr zur anderen Bahn gebracht werden könnten. Wir bringen daher dieses Opfer nicht nur für den Bezirk Birkfeld und die dortige Bevölkerung, sondern auch für die anschließende Bahn Gleisdorf—Weiz, die unbedingt notwendig ist, weil nicht nur für die Bevölkerung als solche, sondern auch für die dort bestehende Industrie der Bahnbetrieb eine unbedingte Notwendigkeit darstellt. Ich glaube daher, daß diese Blutpumpe gleichsam, diese 200.000 S genügen dürften, wenn wir die entsprechenden Ersparungsmaßnahmen auf der anderen Seite zur Durchführung bringen. Selbstverständlich möchte ich aufmerksam machen und ich möchte das ganz besonders betonen, daß diese Reformen, die geplant sind, beziehungsweise durchgeführt werden müssen, unter allen Umständen rein von sachlichen Motiven geleitet werden müssen und Motive politischer Natur hier keine Rolle spielen dürfen, damit nicht irgendwie der Erfolg dieser Reform dadurch Schaden leidet. Ich glaube, daß die Bedenken, die ich gestern schon im Finanzausschusse so durchleuchten gesehen habe, dadurch zerstreut werden können, daß ich als derzeitiger Eisenbahnreferent die Versicherung gebe, daß gleichzeitig mit der Darlehensgewährung an diese Bahn selbstverständlich daran die Bedingung geknüpft werden muß, daß auch entsprechende Ersparungsmaßnahmen auf der anderen Seite reiflos zur Durchführung gelangen werden.

Reich: Hohes Haus! Es kommt mir merkwürdig vor, wieso sich gerade der Landbund und Herr Landesrat Höpfl hier so aufregen, nachdem ich eigentlich niemanden genannt habe. (Höpfl: „Der Herr Abg. Rainer hat Ihnen gesagt, Sie sollen Namen nennen. Sie haben aber auf die Anfrage des Herrn Abg. Rainer keinen Namen genannt und auf eine anonyme Anzeige muß man die entsprechende Antwort

geben!“) Ich meine, es muß also doch etwas Ernstes dabei sein, wenn gegen mich und Landesrat Jenz entsprechend gearbeitet worden ist, denn sonst wäre es nicht möglich, daß gerade der Landbund sich so über meine Rede aufregt. Ich stelle ausdrücklich fest, ich habe hier ein Schreiben, wo der Herr Präsident Franz seinem Bruder, Herrn Dr. Franz, schreibt und dieser wieder dem Herrn Dr. Graf nach Schwanberg schreibt, er möge einwirken, daß ich meine Stellungnahme ändere, nur ich und Landesrat Jenz seien gegen die Ausfolgung eines Betrages. (Ing. Wihany: „Was hat das mit dem Landbund zu tun?“) Dieses Schreiben liegt in den Händen des Herrn Landesrates Jenz.

Weiters kann ich noch feststellen, daß in Deutschlandsberg, anlässlich einer Gerichtsverhandlung, Herr Dr. Mohr ausdrücklich erklärt hat, daß ich und der Herr Landesrat Jenz gegen die Flüssigstellung dieses Betrages seien. (Ing. Wihany: „Ist dieser Doktor ein Landbündler?“) Von uns ist das sicher nicht ausgegangen und ich glaube, es ist ganz verständlich, daß sich gerade diese Herren in erster Linie aufregen, von denen das ausgegangen ist. (Ing. Wihany: „Wieso können Sie das behaupten!“) Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen.

Aber noch eines möchte ich feststellen, Herr Landesrat Höpfl. Der Herr Veterinär Dr. Gschiel hat mir erklärt, daß Sie eine Zusage in der Höhe von 30.000 S an diese Deputation gemacht hätten. Daraufhin habe ich anlässlich einer Landtagsitzung mit Ihnen, Herr Landesrat, einige Worte gesprochen und habe gesagt, die Stainzer bekommen das, sie haben sich doch etwas herausgekehrt. (Höpfl: „Sie irren sich. Die Aussprache, die ich meinte, ist in meinem Zimmer gewesen, nicht hier. Erinnern Sie sich an die Aussprache in meinem Büro!“) Darauf haben Sie gesagt: „Die Stainzer wollen sich etwas herausheben, aber wo sollen wir die 30.000 S hernehmen.“ Ich habe dann gesagt, so werden Sie nicht dazukommen, die Straßen sind seit Einstellung der Bahn tatsächlich in einer schlechten Verfassung. (Höpfl: „Können Sie sich erinnern, daß Sie mir gesagt haben, die Straßen sind nicht schlechter als in anderen Bezirken?“) Das habe nicht ich gesagt, Herr Landesrat, sondern das hat einer Ihrer Parteiangehörigen gesagt, und zwar der Herr Abg. Rainer. (Zwischenruf Rainer.) Jawohl, Sie haben erklärt, die Stainzer wollen sich was herausheben. Darauf habe ich noch erklärt, da sind wir am Gang gestanden, Sie haben eigentlich recht, ich sehe es ein. Daß diese Gerüchte verbreitet worden sind, das steht fest, und ich kann mit dem entsprechenden Schriftmaterial dienen. (Aust: „Wir sind bei der Bahn Birkfeld—Ratten.“)

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Präsident: Hiemit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Der Präsident verliest einen Antrag (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet statt in einer Viertelfunde mit der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abg. Zenz, Machold, Dr. Hübler, Harfleb, Menzner und Genossen, betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über

die Beteiligung des Landes Steiermark an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

Ich ersuche den Finanzausschuß, sich sofort zur Beratung dieser Vorlage zurückzuziehen.

(Schluß der Sitzung um 20 Uhr 25 Minuten.)